

Frühjahr 2023

Sperrre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!



Frühling lässt sein Friedensband flattern

Wunsch nach Friedensverhandlungen nach einem Jahr Krieg

Die Angst vor der Eskalation in der Ukraine

Wie kommen wir wieder aus dem Krieg heraus und zum Frieden zurück?

Alles Wissenswerte über geringfügige Beschäftigungen

Infos der Arbeitsberatung im cuba zu Mini- und Midi-Jobs

Die Krisen treffen die Ärmsten am härtesten

Wegen der Inflation reicht es trotz Bürgergeld nicht zum Existenzminimum



Luxusgüter?

Wohnen, Energie und Mieten müssen von allen bezahlbar sein! Doch aktuell geht der Trend leider in die entgegengesetzte Richtung. Während viele Menschen unter der Krise und den hohen Preisen leiden, machen große Energiekonzerne weiter Rekordprofite. Auch die Reichen werden zur Mitfinanzierung der Krisenkosten bisher kaum zur Kasse gebeten. Die soziale Spaltung nimmt zu.

Dabei zeigt eine aktuelle, repräsentative Umfrage der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass fast drei Viertel der Befragten sich für die Einführung einer Vermögenssteuer aussprechen. 85 Prozent befürworten die Einführung einer Übergewinnsteuer für große Konzerne. DIE LINKE will den Reichtum, der von den Beschäftigten erarbeitet wurde, zurückverteilen: Von oben nach unten, von privaten Großvermögen in öffentliche Investitionen, von privater Kontrolle in die Hand der Allgemeinheit. Dafür setzen wir uns auch in Münster ein: Für mehr sozialen Wohnungsbau, kostenfreie Bustickets und schnelle Hilfe bei Energieschulden. Mach mit!



Thomas Krämer

Der schwierige Weg zum Frieden

Frieden – dieses Wort treibt in jüngster Zeit viele Menschen um. Und auch in den Medien vergeht kein Tag, an dem nicht über Krieg und Frieden berichtet, aber genauso diskutiert und gestritten wird. Ich fürchte, das wird auf unbestimmte Zeit so bleiben. Denn ein Ende des Krieges in der Ukraine ist genauso wenig abzusehen wie der Weg, der dorthin führen könnte.

Krieg ist immer fürchterlich und ein Versagen der menschlichen Zivilisation. Erst recht, wenn er wie in der Ukraine auf einem brutalen und rechtswidrigen Überfall durch ein Nachbarland beruht. Die Rollen von Täter und Opfer sind in diesem Krieg so klar verteilt wie kaum sonst: Wladimir Putins Russland ist der Aggressor, die Ukraine als angegriffenes Land das Opfer. Dass sich der Angegriffene verteidigt und mit militärischen Mitteln zur Wehr setzen darf – das leuchtet selbst ohne Völkerrecht ein. Letzteres lässt die Landesverteidigung mit Waffen ausdrücklich zu.

Dieser schreckliche Krieg dauert bereits ein gutes Jahr. Er hat bis jetzt Tausende von Opfern gefordert. Tausende ukrainische Zivilisten durch russischen Beschuss und Tausende Soldaten auf beiden Seiten der Front. Von der systematischen Zerstörung der Ukraine gar nicht zu reden.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht, aber ich mag mich nicht an die täglichen Kriegsbilder gewöhnen. Mir geht es da wie vielen Deutschen, die in einem sicheren Zuhause die Kriegsbilder im Fernsehen sehen oder unterwegs auf dem Handy. Inzwischen ist die Sehnsucht bei vielen Menschen nach Frieden wieder so groß wie lange nicht, nach der Zeit vor dem 24. Februar 2022, dem Tag des Überfalls auf die Ukraine. Nur, wie können wir Frieden in Europa wieder her-

stellen? Wie bringen wir die Waffen auf beiden Seiten dauerhaft zum Schweigen? Über den richtigen Weg dahin gehen die Meinungen auseinander, übrigens auch in unserer Redaktion. Verhandlungen oder doch zumindest diplomatische Bemühungen wünscht sich eine Mehrheit der Deutschen. Sicher, Verhandlungen sind immer sinnvoll. Nicht nur, um das sinnlose Sterben zu beenden, auch um die vielen Milliarden, die für neue Waffen und Munition ausgegeben werden, in sinnvolle Projekte der Zivilgesellschaft zu investieren. Zum Beispiel in die so dringend benötigte Kindergrundsicherung. Derzeit sieht es nicht danach aus, als bestünde in nächster Zeit eine

Chance auf ernsthafte Friedensverhandlungen. Man sollte jedoch nichts unversucht lassen, dass es dazu kommt. Dabei hat es durchaus schon auf unterer Ebene Vereinbarungen in Form von Gefangenenaustauschen oder dem Getreideabkommen zwischen der Ukraine und Russland gegeben.

Einseitig die Waffen niederzulegen, wie es einige Friedensbewegte von der Ukraine fordern, wäre nicht nur naiv, sondern für das überfallene Land unzumutbar. Genauso ein Frieden zu den Bedingungen des Aggressors, von „Zar“ Putin, der den Staat Ukraine bekanntlich zerstören will und bisher kein Interesse an Verhandlungen zeigt. Solange sich an diesem Imperialismus im Kreml nichts ändert, sind solidarische Waffenlieferungen an die Ukrainer zur Selbstverteidigung legitim. Der Weg zum Frieden bleibt also schwierig. Doch wir sollten nicht aufgeben, ihn zu suchen.



Foto: Agneta Becker

Thomas Krämer

www.spendenwerk-ms.de



In guten, wie in schlechten Zeiten...

Wir machen uns stark für gemeinnützige Organisationen in Münster und in der Region.

Jetzt ganz einfach mitmachen:

- ✓ Projekt einstellen.
- ✓ Spenden sammeln.
- ✓ Idee verwirklichen.

www.spendenwerk-ms.de




Einfach. Näher. Dran.

Stadtwerke Münster




AKKUS IM RESTABFALL? (K)EINE ZÜNDENDE IDEE!

Im Alltag wahre Helfer, im Restabfall sehr gefährlich: Akkus und Batterien können Brände verursachen und anderen Menschen schaden. Denk mit und auch an andere! Gib deine Akkus und Batterien an unseren Wertstoffhöfen ab oder bring sie in den Fachhandel.



BRANDGEFAHR!
KEINE AKKUS ODER
BATTERIEN IN DIE RESTMÜLL-
Tonne EINWERFEN!



Weitere Infos zur Entsorgung:
www.awm.muenster.de

awm
alle wirken mit!

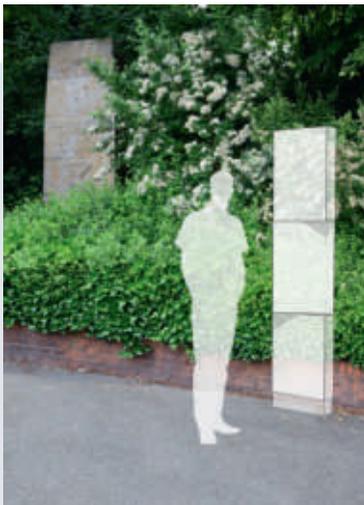


Foto: Stadt Münster

9 Kritische Begleitung der Kriegsdenkmale an der Promenade

Die Stadt Münster will damit beginnen, ihre Kriegsdenkmale für deren Betrachterinnen und Betrachter kritisch zu kommentieren und historisch einzuordnen. Dazu stellt das Stadtarchiv insgesamt sechs Texttafeln als Informations-Stelen an der Promenade auf. Eine davon soll an das von den Nazis zerstörte Friedensdenkmal am Kanonengraben erinnern.

12 Mit jeder Preiserhöhung steigen die Steuereinnahmen

Der Bundesfinanzminister Lindner fordert gerne Steuersenkungen. Er denkt dabei an die Einkommenssteuern. Diese zu senken nutzt am meisten denen, die die höchsten Einkommen haben. Auch die Inflation trifft vor allem die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung. Doch was viele nicht wissen: Wegen der Mehrwertsteuer nimmt der Finanzminister nach jeder Verteuerung zusätzliche Milliarden ein. Er spricht nur nicht darüber.



Foto: Agneta Becker

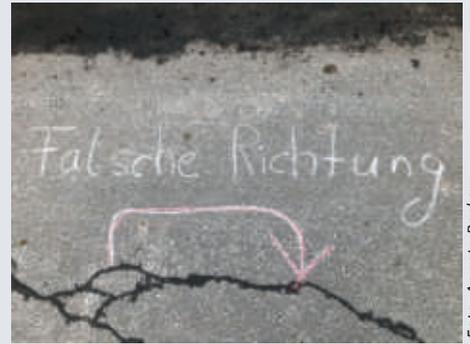


Foto: Agneta Becker

25 Die AfD präsentiert sich sozial, neoliberal und mit faschistischen Inhalten

Am 20. Januar 2023 demonstrierten mehr als 6000 Menschen auf Münsters Prinzipalmarkt gegen die Neujahrsversammlung der AfD im Rathaus. Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen und vom Verfassungsschutz als Rechtsextremist eingestuft, war geladener Hauptredner der extrem rechten Partei. Im folgenden Beitrag geht es um einen Blick auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik einer Partei, die der NSDAP immer ähnlicher wird.

TITEL: WEGE ZUM FRIEDEN

- 6 **Zurück zur Vernunft, zurück zum Frieden**
Nach einem Jahr Krieg in der Ukraine ist die Zeit für Friedensverhandlungen gekommen
- 9 **Kriegsverherrlichung bleibt nicht mehr länger unkommentiert**
Die Stadt Münster will ihre Kriegsdenkmale an der Promenade kritisch begleiten

ARBEIT & SOZIALES

- 11 **Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird nicht erfüllt**
Erst ab dem 7. März arbeiten Frauen in Deutschland für das gleiche Geld wie Männer
- 12 **Welche Steuersenkung wirklich Menschen mit niedrigem Einkommen hilft**
Der Staat verdient an den steigenden Preisen bei Lebensmitteln und Energie mit
- 14 **Alles Wissenswerte über Mini- und Midi-Jobs**
Die Beratungsstelle Arbeit gibt auf zwei Seiten viele wichtige Infos zu geringfügigen Beschäftigungen

ZUM LEBEN ZU WENIG

- 16 **Reich? Uns reicht es – nicht!**
Die Dauerkrisen machen Arme immer ärmer, verschämter und demokratiemüder
- 20 **Des einen Leid ist des anderen Freud**
Eine Oxfam-Studie zeigt: Steigende Lebensmittel- und Energiepreise machen die Reichsten noch reicher

LESESTOFF

- 22 **Karnickel im Erdloch**
In seinem Buch hinterfragt Autor Mark Fisher das Festhalten an einem fragwürdigen System

STADTGESPRÄCH

- 25 **Die unsoziale Sozialpolitik der AfD**
Eine Partei mit sozialer Rhetorik, neoliberaler Praxis und faschistischen Konzepten im Hintergrund
- 27 **Tschüss, Hallo**
Die Produktion des kostenlos verteilten Anzeigenblattes wird zur Jahresmitte eingestellt

TITELTHEMA:

Wege zum Frieden

Titelfoto: Agneta Becker



RUBRIKEN

- 28 NICHT SPERRIG (MELDUNGEN & TIPPS)
- 31 URTEILE
- 34 IMPRESSUM

Zurück zur Vernunft, zurück zum Frieden

Nach mehr als einem Jahr Krieg in der Ukraine ist die Zeit für ernsthafte Friedensverhandlungen gekommen

Von Norbert Attermeyer

**Es könnte so gut sein.
Corona ist vorbei. Der Frühling kommt.
Endlich wieder unbeschwerte
Begegnungen. Endlich wieder lachende
Menschen ohne Masken. Es könnte so gut
sein. Aber an anderen Orten dieser Welt
herrscht Krieg. Und über Europa hängt das
Damokles-Schwert des Atomkriegs.
Und unsere Medien sind
außer Rand und Band.**



„**Frieden** ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Das hat einmal der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) gesagt. Wie wahr diese Aussage ist, das kann heute beobachtet werden. Wie Mehltau liegt der Ukraine-Krieg auf unserer Gesellschaft. Die Versuche, nach der Pandemie wieder zur alten Unbeschwertheit zurückzukehren, sind überall zu spüren.

Was aber lähmt, ist das Gespenst eines tatsächlich wieder möglichen Atomkriegs. Russland gegen den Westen, der Westen gegen Russland. Wie konnten wir da wieder heingeringert werden?

Die Mauer war doch gefallen. In Moskauer Gorki-Park piffen die Scorpions ihren Wind of Change. Endgültiger Frieden in Europa war möglich. Die Europäische Union erhielt den Friedensnobelpreis. Im Deutschen Bundestag warb der russische Präsident Wladimir Putin 2001 für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok und erhielt vom Parlament stehende Ovationen. Und jetzt stehen sich beide Seiten wieder bis an die Zähne bewaffnet unversöhnlich gegenüber. Vergessen sind auf einmal alle guten neuen Beziehungen und die Frieden schaffenden politischen Ansätze der Vergangenheit.

Der ehemalige russische Präsident Gorbatschow wies später darauf hin, dass ohne Brandts Ost-Politik der Annäherung und Aussöhnung die deutsche Einheit nicht möglich gewesen wäre.

Noch einmal sei auf Willy Brandt verwiesen, der sich in den 60er- und 70er-Jahren unbeirrt für Frieden und Aussöhnung einsetzte. „Wandel durch Annäherung“ lautete sein Credo. Und er blieb seiner Überzeugung treu. Auch und gerade als die Panzer

der sowjetischen Armee 1968 den reformfreudigen „Prager Frühling“ plattwalzten. Mit dieser Politik und mit dieser aufrechten Haltung erzielte die SPD 1972 ihr historisch bestes Wahlergebnis. Denn auch die deutsche Bevölkerung wollte endlich dauerhaften Frieden.

Der ehemalige russische Präsident Michail Gorbatschow wies später darauf hin, dass ohne Willy Brandts Ost-Politik der Annäherung und Aussöhnung die deutsche Einheit nicht möglich gewesen wäre. Denn – das wird heute schon mal vergessen – Deutschland stand tief in der Schuld Russlands. Deutschland hatte Russland 1941 überfallen mit beispielloser Brutalität. Die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht gehören zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte. Und Russland hatte im Zweiten Weltkrieg mit Abstand die meisten Toten zu beklagen.

Doch heute scheint dies alles vergessen zu sein, und Panzer aus deutscher Produktion rollen wieder gegen russische Stellungen in der Ukraine. Wie vor 80 Jahren. Diesmal allerdings als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Und anfangs schien sich Deutschland seiner Geschichte durchaus bewusst zu sein und reagierte eher zurückhaltend auf die

Forderung nach Lieferung schwerer Waffen. Außerdem klebten teilweise noch die Plakate von der letzten Bundestagswahl. „Keine Waffen in Kriegsgebiete!“ konnte man darauf lesen.

Zunächst wurden nur Helme an die Soldaten in der Ukraine geliefert. Dann Schutzwesten. Später Spürpanzer. Und jetzt Angriffswaffen wie der Leopard 2. Schon werden Forderungen nach Kampf-Jets laut. Das Kriegsgeschrei in Medien und Politik ist groß. Die Aktien der Rüstungskonzerne gehen durch die Decke. Wohin soll das alles noch führen? Zu einem direkten Krieg mit Russland? Dem Land mit dem weltweit größten Arsenal an taktischen Atomwaffen? Und was wird von Europa noch übrigbleiben, wenn es zum finalen Atomschlag kommt?

„Krieg ist Betrug. Das war schon immer so. Es ist möglicherweise der älteste, bei weitem aber der einträglichste und sicherlich der böseste. Es ist der einzige, bei dem die Gewinne in Dollar und die Verluste in Leben gerechnet werden.“

Medley Butler, US-Generalmajor

Es geht an dieser Stelle gar nicht darum, wer denn angegriffen hat und wer sich provoziert fühlte. Es geht allein um die Tatsache, dass Krieg immer noch als Mittel der Politik angesehen wird. Wohlgedacht: Es handelt sich um Krieg und nicht um ein Videospiel.

Krieg gehört zum Schlimmsten, was Menschen anderen Menschen antun können. Und vielleicht würden auch viele Befürworter*innen der Lieferung von schwerem Kriegsgeschütz eher auf Verhandlung setzen als auf noch mehr Krieg, wenn sie das Sofa verlassen und selbst mit einem Panzer in das Kriegsgebiet fahren müssten.

Der Generalmajor beim United Marine Corps der USA, Smedley Butler, zweimal mit der „Medal of Honor“ ausgezeichnet, sagt Folgendes zu der Frage, ob Krieg „gerecht“ oder „ungerecht“ ist: „Krieg ist Betrug. Das war schon immer so. Es ist möglicherweise der älteste, bei weitem aber der einträglichste und sicherlich der böseste. Es ist der einzige, bei dem die Gewinne in Dollar und die Verluste in Leben gerechnet werden.“

Butler schlug übrigens vor, dass diejenigen, die den Krieg führen, also die Soldaten, auch über ihn abstimmen sollten. Als weitere Maßnahme nannte er die Einziehung der Einkommen des Führungspersonals der Rüstungsindustrie sowie von Bankern und Spekulanten. Sie sollten das Gleiche verdienen wie die einfachen Soldaten. Bis heute eine schöne Utopie. Und bis heute ist es so, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in Frieden mit ihren Nachbarn leben will. Das gilt für Russen, Ukrainer, Polen oder US-Amerikaner.

Es ist immer nur eine kleine, aber mächtige Elite, die die öffentliche Diskussion auf Krieg trimmt. Und Meinung wird über die Medien hergestellt.



Bild: Agneta Becker



Bild: Agneta Becker

„Als einer der Pioniere der Medienkritik hatte er erkannt, dass die Medien die Wirklichkeit nicht abbilden, sondern erzeugen, dass Meinungen und Stimmungen nicht einfach entstehen, sondern gemacht werden“.

Matthias Bröckers und Paul Schreyer
über Karl Kraus in ihrem Buch
„Wir sind die Guten“.

Erich Maria Remarque, der Autor des weltbekannten Romans „Im Westen nichts Neues“, gab zu diesem Thema Folgendes zu Protokoll: „Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich verstand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hineingehen müssen.“ Der Schriftsteller Karl Kraus, der die Manipulation der Massen im Ersten Weltkrieg durchschaute und wie kein anderer messerscharf analysierte, sagte: „Wie wird die Welt regiert und in den Krieg geführt? Diplomaten belügen Journalisten und glauben es, wenn sie's lesen.“ „Als einer der Pioniere der Medienkritik hatte er erkannt, dass die Medien die Wirklichkeit nicht abbilden, sondern erzeugen, dass Meinungen und Stimmungen nicht einfach entstehen, sondern gemacht werden“, schreiben

Matthias Bröckers und Paul Schreyer in ihrem Buch „Wir sind die Guten“.

Und Konstantin Wecker, der gemeinsam mit Margot Käßmann das Buch „Entrüstet Euch!“ herausgab, schreibt: „Niemals habe ich eine derartige Propagandaschlacht erlebt wie heute. Es ist erschreckend zu sehen, wie sich manche Leitmedien, obwohl sie mit zum Teil sehr klugen Kommentaren überhäuft werden, penetrant weigern, ihre Leser ernst zu nehmen. Noch ist allenthalben viel gesunder Menschenverstand, sind Mitgefühl und kluge Zurückhaltung in der Bevölkerung verbreitet.“ Tatsächlich sind laut einer aktuellen Umfrage von ntv 70 Prozent der Bevölkerung gegen die Lieferung weiterer schwerer Waffen an die Ukraine. Aber wie lange noch bei diesem Mediengewitter?

„Immer dasselbe, die ewige Rotte durch die Zeiten, die die Vorsichtigen feige nannten, die Menschlichen schwächlich, um dann selbst ratlos zu sein in der Stunde der Katastrophe, die sie leichtfertig beschworen.“

Stefan Zweig

Die Politik ist da anders unterwegs. Deutschland hat im Jahr 2021 fast 53

Milliarden Euro für Militär ausgegeben und nur 55 Millionen für den Friedensdienst. Das sagt eigentlich schon alles. Mit der Übererfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der Nato ist Deutschland sogar auf dem Weg zur drittgrößten Militärmacht der Welt, hinter den USA und China. Und wofür? Für Frieden? Aus Angst vor Russland? Schon heute gibt die Nato 16mal mehr für das Militär aus als Russland. Früher war vom Gleichgewicht des Schreckens die Rede. Heute haben wir eher schon ein erdrückendes Übergewicht des Schreckens. Aber eine Atommacht kann nicht besiegt werden. Auch nicht durch noch so viel Waffen. Es sei denn um den Preis der Selbstvernichtung. Wann geht das mal in die Köpfe der politisch Handelnden? Und was ist mit dem Präsidenten des Europarates Charles Michel los, der der Ukraine für dieses Jahr Frieden und Sieg wünschte?

Angesichts der weiter eskalierenden Situation in der Ukraine, wäre es jetzt an der Zeit für umgehende, bedingungslose Friedensverhandlungen. Eine Forderung, die übrigens auch der ehemalige militärische Berater von Angela Merkel, Brigadegeneral Erich Vad, aufgestellt hat. Wir müssen reden. Nicht übereinander, sondern miteinander. Solange geredet wird, wird nicht geschossen. Schon dies allein sollte Ansporn genug sein. Weniger Tote, weniger Elend. Wer sich Friedensverhandlungen verweigert, macht sich mitschuldig an dem weiteren Sterben in der Ukraine.

Und die Frage von Krieg und Frieden kann nicht den Medien überlassen werden. Dafür ist die Lage zu ernst. An dieser Stelle soll noch einmal der Schriftsteller und Pazifist Stefan Zweig zu Wort kommen: „Immer dasselbe, die ewige Rotte durch die Zeiten, die die Vorsichtigen feige nannten, die Menschlichen schwächlich, um dann selbst ratlos zu sein in der Stunde der Katastrophe, die sie leichtfertig beschworen.“ Hoffen wir, dass es nicht so kommt. Und hoffen wir auf die Rückkehr der Vernunft und auf Frieden. ■

Info-Stelen ordnen Kriegerdenkmale kritisch ein

Die Stadt Münster lässt endlich die kriegsverherrlichende Kriegerdenkmale an der Promenade nicht mehr unkommentiert

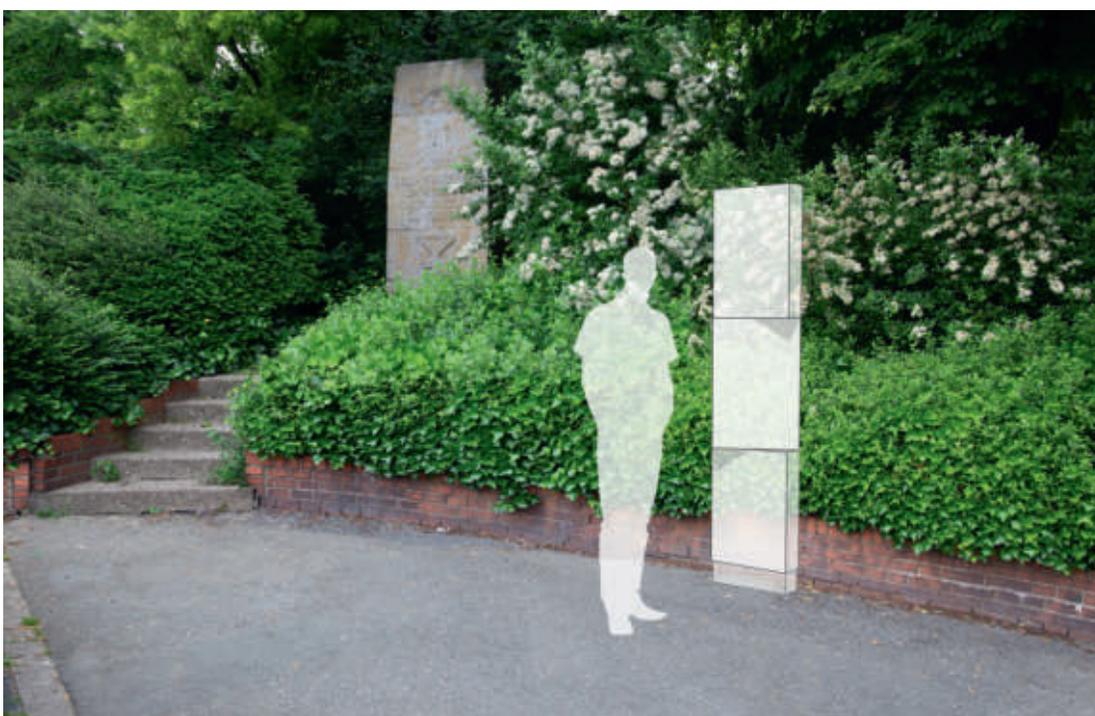
Wie einer Pressemitteilung der Stadt Münster zu entnehmen ist, will die Kommune damit beginnen ihre Kriegsdenkmale für die Betrachter*innen kritisch zu kommentieren und historisch einzuordnen. Dazu stellt das Stadtarchiv insgesamt sechs Texttafeln als Informations-Stelen an der Promenade auf. Eine davon soll an das frühere Friedensdenkmal am Kanonengraben erinnern.

Fünf Kriegerdenkmale stehen an Münsters Promenade auf städtischem Grund und Boden. Sie wurden zwischen 1905 und den 1960er-Jahren aufgestellt und ehren Kriegsgefallene als Helden, zeigen Kampfscenen und Siegssymbole. Gleichzeitig verklären sie die Schrecken des Krieges, ignorieren den Tod ziviler Opfer und lassen die Verbrechen während der Kolonialzeit unerwähnt. Passend zum Jubiläumsjahr 375 Jahre Westfälischer Frieden will die Stadt Münster mit Informations-Stelen sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gäste der Stadt zu einer kritischen

Beschäftigung mit den Kriegerdenkmalen anregen. Die Texte auf den geplanten Stelen erläutern die verwendeten Symboliken und Inschriften und problematisieren das einseitige Gedenken an die Kriege und Soldaten.

Spendenaktion für das „Stalingrad-Denkmal“

Durch eine Spendenaktion können sich Münsteranerinnen und Münsteraner im Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedens an der Realisierung der Stelen beteiligen und ein Zeichen gegen Kriegsverherrlichung setzen:



Die Visualisierung zeigt eine der künftigen Info-Stelen an Münsters Kriegerdenkmalen an der Promenade, hier am sogenannten Stalingrad-Denkmal.

Foto: Stadt Münster

Über die Plattform „betterplace.org“ läuft eine Sammlung für die Stele am „Stalingrad“-Denkmal, die die Neubewertung der Wehrmachtsverbrechen thematisiert. Zu erreichen ist die Spendenaktion online über betterplace.org/p118620.

Am Dreizehner-Denkmal (1925) in der Nähe des Aasees, am Mauritz-Denkmal (1909), Kürassier-Denkmal (1930, Wiederaufbau 1964), Stalingrad-Denkmal (1961) und Train-Denkmal (1925) werden die knapp zwei Meter hohen Stelen aus jeweils drei dunkelgrauen Aluminium-

Hohlkörpern aufgestellt. Ihr Mittelelement ist leicht versetzt zum oberen und unteren Teil. „Die gebrochene Form greift die Neubewertung von Krieg und Kriegerdenkmalen im Laufe der Zeit auf und stellt eine gut sichtbare, kritische Intervention an den Denkmalen dar“, erläutert Kulturdezernentin Cornelia Wilkens.

Der Entwurf für die Stelen stammt aus dem Design-Büro Arndt&Seelig (Bielefeld). Die einordnenden Texte wurden von Dr. Alexandra Bloch Pfister (Büro für Geschichte & historische Kommunikation, Münster) zusammen mit dem Stadtarchiv erarbeitet. Sie werden auf Deutsch und Englisch zu lesen sein. Ein QR-Code leitet zu weiterführenden Informationen im Internet, die sich Blinde und sehbehinderte Menschen vorlesen lassen können. Außerdem werden alle Stelen barrierefrei zugänglich sein.

Friedensdenkmal von den Nazis für Waffen und Munition eingeschmolzen

Eine sechste Stele, die sich durch eine helle Farbgebung von den Stelen an den Kriegerdenkmalen unterscheidet und aus einem durchgehenden Element besteht, wird auf dem Hügel am Kanonengraben aufgebaut. Dort stand von 1905 bis 1942 ein Bronzedenkmal, das an den Westfälischen Friedensschluss von

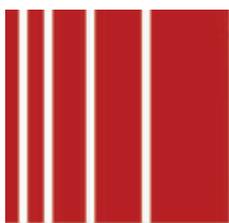
1648 erinnerte. Es zeigte die aus der griechischen Sagenwelt entlehnte Friedensgöttin Eirene mit einem Ölzweig als Zeichen des Friedens. Zu ihren Füßen legte ein Reitersoldat seine Waffen nieder. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Denkmal für die Herstellung von Waffen und Munition eingeschmolzen und danach nicht wiederaufgebaut.

Dass es einordnende Informationstafeln geben soll, geht zurück auf Anregungen der Ratsfraktionen und schließlich einen Ratsbeschluss aus dem Juni 2020. Hier entschied das Gremium über ein Konzept zum Umgang mit Kriegerdenkmalen an der Promenade. Im Juni 2022 folgte die Entscheidung zum Aufbau der Informationstelen in ihrer jetzt vorgesehenen Form. Gut 30.000 Euro sind für die Realisierung veranschlagt. Geplant ist, dass die Stelen vor Beginn der Feierlichkeiten zum Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedens aufgestellt werden.

Eine feierliche Einweihung der Info-Stele am Train-Denkmal ist ebenfalls geplant: Im Beisein des Rats möchte man sich hier zur deutschen Verantwortung für koloniales Unrecht und die Völkermorde im heutigen Namibia bekennen. Darüber hinaus sind Führungen des Stadtarchivs zu den Kriegerdenkmalen unter anderem am Tag des offenen Denkmals, am 10. September 2023, beabsichtigt. ■



Foto: Agneta Becker



NachDenkSeiten
Die kritische Website

www.nachdenkseiten.de

Frauen verdienen fast ein Fünftel weniger als Männer: Genau 18 Prozent weniger, hat das Statistische Bundesamt im Januar dieses Jahres festgestellt. Oder aufs Jahr gerechnet: Frauen leisten 65 Tage unbezahlte Arbeit.

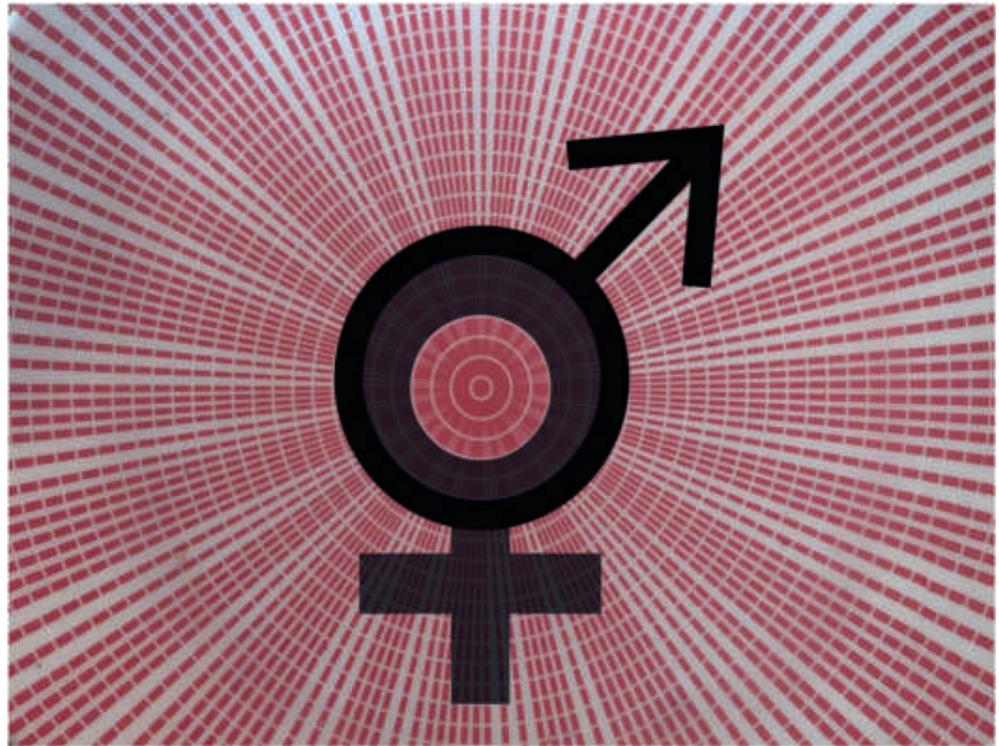


Bild: Agneta Becker

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Equal Pay gilt erst ab 7. März

Erst ab dem 7. März arbeiten sie für das gleiche Geld wie Männer. Bis dahin arbeiten sie umsonst. Das passt zum Internationalen Frauentag am 8. März nahezu wie die Faust aufs Auge.

Ein Teil der Lohndifferenz ist zurückzuführen auf Brüche in der Erwerbslaufbahn, auf Teilzeit, auf Beschäftigung in schlechter bezahlenden Branchen und anderes mehr (siehe SPERRE 2022). Ein Teil der Lohn einbußen geht jedoch zurück auf rein geschlechtsbezogene Unterschiede. Diese Ungleichbehandlung war Grundlage bei einem Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts vom 6. Februar 2023.

Beider Einstellung von Männern und Frauen müssen Arbeitgeber*innen bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn zahlen. Auch wenn männliche

Bewerber durch Verhandlungsgeschick höhere Gehaltsforderungen durchsetzen, dürfe eine Bewerberin bei ihrem neuen Job nicht schlechter bezahlt werden, entschied das Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Eine ungleiche Bezahlung weise sonst auf eine verbotene Diskriminierung wegen des Geschlechts hin.

Frauen haben Anspruch auf die gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen. Das gilt auch dann, wenn Männer höhere Gehälter ausgehandelt haben

Geklagt hatte eine Frau aus Meißen. Sie verdiente in der Probezeit monatlich 1000 Euro weniger als ein etwa gleichzeitig eingestellter Kollege, und später immer noch 500 Euro weniger als er.

Der Arbeitgeber rechtfertigte den Unterschied mit dem besseren Verhandlungsgeschick des Mannes. Beiden sei zunächst das gleiche Gehaltsangebot gemacht worden, der Mann habe mehr gefordert, um den Arbeitsvertrag zu unterschreiben. Zudem sollte er auf längere Sicht eine Leitungskraft ersetzen. Der Arbeitgeber berief sich bei der unterschiedlichen Bezahlung auf den Grundsatz der Vertragsfreiheit und hatte damit in den Vorinstanzen beim Arbeits- und Landesarbeitsgericht noch Erfolg. Das Bundesarbeitsgericht ließ die Argumentation der Firma dagegen nicht gelten. Es sprach der Frau 14.500 Euro entgangenen Lohn und zudem eine Diskriminierungsentschädigung in Höhe von 2000 Euro zu. *avo* ■

Bundesarbeitsgericht, Az.: 8 AZR 450/21 vom 16.02.2023 (nach tagesschau.de vom 16.02.2023)

Welche **Steuersenkung** wirklich Menschen mit niedrigem Einkommen hilft

Der Finanzminister verdient an den Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie mit

Von Arnold Voskamp

Der Bundesfinanzminister Lindner fordert gerne Steuersenkungen. Er denkt dabei an die Einkommenssteuern. Diese zu senken nutzt am meisten denen, die die höchsten Einkommen haben. Auch die Inflation trifft vor allem die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung. Doch was viele nicht wissen: Durch die Mehrwertsteuer nimmt der Finanzminister durch die Teuerung zusätzliche Milliarden ein. Er spricht nur nicht darüber.



Die größten Steuereinnahmen jedoch, nämlich 250 Milliarden Euro jährlich, kommen aus der Umsatzsteuer, auch Mehrwertsteuer genannt. Die Mehrwertsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für den Staat und für Lieschen Müller und Otto Normalverbraucher, also für die einfachen Leute. Die zweitgrößte Steuer, die

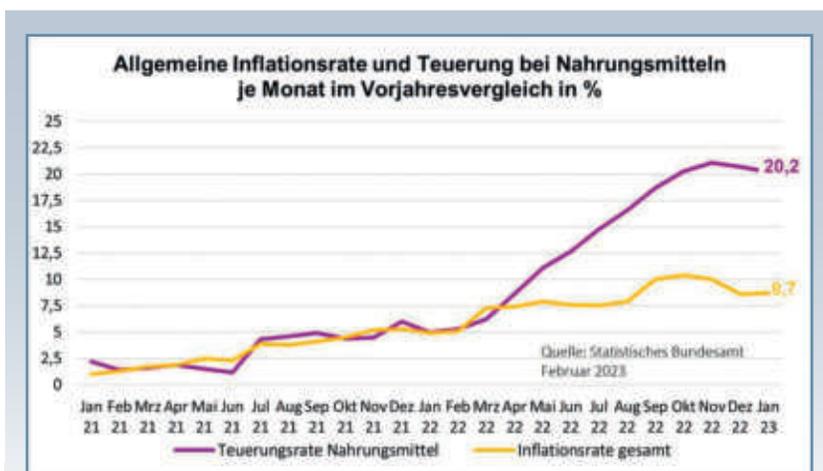
Lohnsteuer, bringt dem Staat etwa 220 Milliarden Euro.

Lebensmittel und Strom treiben Kosten für ärmere Haushalte in die Höhe

Immer wenn der Preis für eine Ware steigt, dann verdient der Finanzminister über die Umsatzsteuer

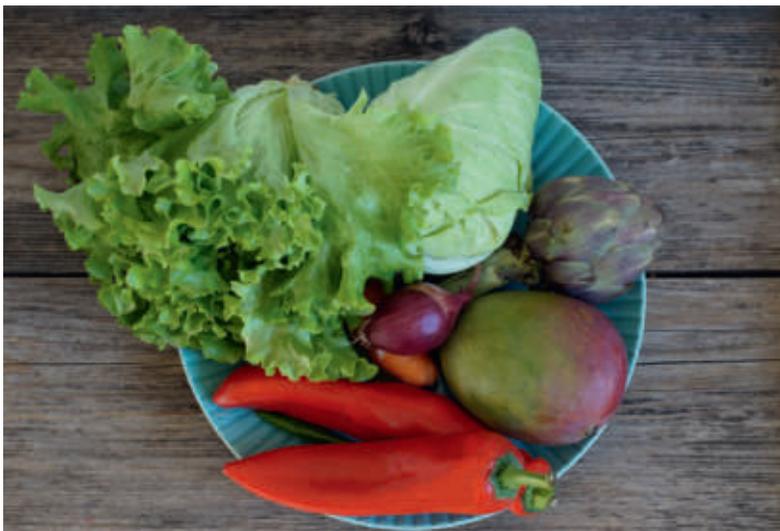
mit. Und das spüren wir deutlich. Ein Beispiel aus meinem Edeka-Markt: die preiswertesten Nudeln der Eigenmarke „gut und günstig“. Vor einem Jahr kostete das Pfund der billigsten Spaghetti 49 Cent, davon kriegte der Finanzminister 7 Prozent, also etwa 3,2 Cent. Jetzt, Anfang 2023, im gleichen Supermarkt gibt's die billigsten Nudeln für 99 Cent das Pfund, davon kriegt der Finanzminister 6,5 Cent. Für die gleiche Menge Nudeln zahle ich dem Finanzminister also 100 Prozent mehr als vor einem Jahr. So verdient der Staat an der Inflation mit.

(Dass die Nahrungsmittel allgemein teurer werden, liegt nicht am Finanzminister, das liegt an Lidl, Edeka, Aldi und den anderen Lebensmittelkonzernen. Sie wollen verdienen und erhöhen die Preise, so gut sie das im Markt durchsetzen können. Die Vorsitzende des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Ramona Pop, fordert eine Übergewinnsteuer für Nahrungskonzerne.)



Quelle: <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788>

Beim Strom verdient der Finanzminister auf gleiche Weise: Der Strom von meinem Anbieter ist ab Anfang 2023 doppelt so teuer wie vor einem Jahr. Über die Mehrwertsteuer, hier 19 Prozent, kassiert der Finanzminister mit ab, und zwar nicht zu knapp: Er bekommt doppelt so viel für meinen Stromverbrauch wie vor einem Jahr. Schon vor März 2022 waren die Preise in eine Aufwärtsbewegung gekommen. Mit dem Ukraine-Krieg



Fotos: Agneta Becker

stiegen jedoch auch die Preise für Nahrungsmittel rasant. Die Energiepreise gingen schon vorher deutlich in die Höhe, zusätzlich angetrieben durch die kriegsbegleitenden Sanktionen und anderen Kriegsfolgen.

Energie und Nahrungsmittel sind die größten Preistreiber. Gleichzeitig kommen wir nicht daran vorbei. Auf Essen und Trinken und Warmduschen verzichten kann selbst der Finanzminister nicht. Und auf die Mehrwertsteuer verzichtet er schon gar nicht. Je größer die Preissteigerung, desto mehr fließt davon über die Mehrwertsteuer ins Staatssäckel. Die Mehrwert- oder Umsatzsteuer füllt auch in der Krise die Kassen des Staates, ohne dass die Steuerzahler*innen viel Ärger machen.

Keine Steuerbefreiung für die Reichen!

Wer jedoch nur einen geringeren Teil des Einkommens für den Lebensunterhalt verbraucht, legt das Übrige zurück, kauft sich damit Aktien und dergleichen. Für solche Geschäfte, für die Vermögensbildung, fällt keine Umsatzsteuer an. Der FDP-Finanzminister Lindner denkt sich: Für gehobene Einkommen ist eine

Senkung der Mehrwertsteuer nicht so hilfreich, für Menschen mit solchen Einkommen ist die Senkung der Einkommenssteuer dagegen zielgenau. Deshalb redet Lindner nur über die Einkommenssteuer. (Über die in der Verfassung vorgesehene, aber nicht erhobene Vermögenssteuer schweigt Lindner erst recht. Dabei sind die Vermögen der reichsten ein

Prozent auf der Erde in der Corona- wie in der Ukraine-Krise am stärksten gestiegen, das zeigt der aktuelle Oxfam-Bericht „Survival of the Richest“ (<https://www.oxfam.org/en/research/survival-richest>, siehe den Beitrag zum unverschämten Reichtum, auch in dieser SPERRE).

Die Mehrwertsteuer kann weg

Die Mehrwertsteuer trifft jedoch nicht alle gleich. Wer all sein Einkommen für den Konsum aufbraucht, zahlt auf alles Mehrwertsteuer. Das belastet die ärmere Hälfte der Bevölkerung überdurchschnittlich stark. Dass die Mehrwertsteuer nicht unantastbar ist, hatte die FDP schon einmal vorgemacht: Nach erfolgreicher Lobbyarbeit der Hotelverbände verzichtet der Staat seit 2009 auf 12 Prozent Mehrwertsteuer bei Hotelübernachtungen von Geschäftsreisenden.

Einen kleinen Schritt zur Mehrwertsteuer-Entlastung bei Lebensmitteln schlägt jetzt Cem Özdemir vor, grüner Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft: Er möchte die Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse von sieben Prozent auf null senken, um damit gesunde Ernährung zu fördern. Bitte mehr davon! Die spanische Regierung macht es längst vor. Die Mehrwertsteuer auf alle Lebensmittel außer Fisch und Fleisch ist in Spanien weggefallen. Die Teuerungsrate ist dadurch deutlich zurückgegangen, und gerade die Menschen mit den kleinen Einkommen werden entlastet. ■



fikuS

Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende

Das Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende thematisiert und bekämpft Bildungsbenachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft und dient allen betroffenen Studierenden als Kontakt-, Vernetzungs- und Antidiskriminierungsstelle.

Weitere Infos: [fb.com/fikusmuenster](https://www.facebook.com/fikusmuenster) oder <http://www.fikus-muenster.de/>



Achtermannstraße 10-12, 48143 Münster

Tel. 0251 - 511929

www.cuba-arbeitslosenberatung.de

info@cuba-arbeitslosenberatung.de

Minijobs

Minijobs – Jobs bis 520 Euro

Geringfügige Beschäftigungen werden bei der Steuer und bei der Sozialversicherung besonders behandelt. Sie heißen auch Minijobs, früher auch 450 Euro-Jobs genannt, jetzt 520-Euro-Jobs, selbst wenn man dabei weniger als 520 Euro verdient. Die Minijobgrenze von 520 Euro monatlich orientiert sich am aktuellen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde, die Grenze steigt mit jeder Anhebung des Mindestlohns.

Arbeitgebende suchen Minijobber*innen, weil Meldeverfahren und Beitragszahlung leichter zu handhaben sind. Weil bei ausgegliederten Einfacharbeiten eine niedrigere LohnEinstufung vorliegt und weil die Minijobber*innen weniger hohe Ansprüche an Minijobs entwickeln als an reguläre Arbeitsverhältnisse.

Ausführliche Informationen gibt die Minijob-Zentrale (45115 Essen, Telefon: 0355 - 290 27 07 99, Internet: www.minijob-zentrale.de) sowie Ihre Krankenkasse oder die Rentenversicherung. Einen kurzen Überblick bieten wir mit diesem Blatt.

Krankenversicherung und Rentenversicherung

Wenn Sie Lohn bis 520 Euro im Monat als abhängig beschäftigte*r Arbeitnehmer*in verdienen, zahlen Sie anders als andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon keine Abgaben für die Arbeitslosen-, Kranken- und meist auch für die Rentenversicherung. Sie verdienen netto für brutto. Vereinzelte Abweichungen auf über 520 Euro lösen noch keine Versicherungspflicht aus. Wenn Ihr Lohn mehr als zweimal im Jahr über 520 Euro liegt, müssen Sie von da an Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

Keine Beiträge heißt: Aus einem Minijob erwerben Sie keinen Krankenversicherungsschutz. Beiträge für die Rente sollen in der Regel abgeführt werden, die meisten Minijobber entscheiden sich aber gegen den Regelabzug. Volle Rentenbeitragszeiten können Sie

nur mit Extra-Zahlungen an die Rentenkasse ansammeln. So erwerben Sie auch den Anspruch auf Förderung von Riester-Beiträgen. Beziehen Sie Alg II neben dem Minijob, dann bringt Ihnen der Rentenbeitrag später etwas mehr Rente, aber heute keinen Nachteil: Den Abzug vom Lohn gleicht das Jobcenter aus.

Mehrere Jobs

Wenn Sie sich einen zweiten Minijob suchen und dann insgesamt über 520 Euro verdienen, stellt die Minijobzentrale Ihre Versicherungspflicht beider Jobs fest und teilt das Ihren beiden Arbeitgebern mit. In der Regel bekommen Sie dann Stress mit denen. Besser, Sie verhandeln das vorher mit ihnen.

Üben Sie neben einer versicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung einen Minijob aus, dann müssen Sie in diesem einen Minijob keine Abgaben zahlen. Der zweite, dritte oder vierte zusätzliche Minijob dagegen ist normal versicherungspflichtig. Keinen Abzug bringt ein zusätzlicher Verdienst, wenn dieser aus selbstständiger Honorartätigkeit oder aus nebenberuflicher Aufwandsentschädigung (Übungsleiterpauschale) kommt und nicht aus einer abhängigen Arbeit stammt.

Abgabe- und Meldepflichten

Arbeitgeber*innen melden ihre geringfügig Beschäftigten bei der Minijobzentrale an und führen die Abgaben dahin ab (www.minijob-zentrale.de). Sie zahlen 30 Prozent des Lohns als Pauschale für die Renten-, Kranken- und Pflegekasse sowie für die Lohnsteuer.

Gibt ein*e Arbeitnehmer*in die Lohnsteuerkarte ab, dann entfällt der Zwei-Prozent-Anteil für diese Pauschalsteuer.

Haushaltsnahe Dienstleistungen sind billiger, die Pauschale für die Lohnnebenkosten beträgt nur 12 Prozent.

Steuerzahler*innen können Ausgaben für Haushalts-hilfen steuermindernd geltend machen.

Neben der Pauschale müssen kleine Arbeitgebende (bis 30 Beschäftigte) die Umlage nach dem Lohnfortzahlungsgesetz bezahlen, dafür übernimmt die Minijobzentrale bei Krankheit oder Mutterschutz der Beschäftigten die Lohnfortzahlung.

Jobcenter und Agentur für Arbeit fragen regelmäßig die Meldungen bei der Minijobzentrale ab, auf diesem Weg erfahren sie von allen geringfügigen Beschäftigungen.

Arbeitsrechtliche Regeln, Lohn, Urlaub, Krankheit, Kündigung

Arbeitsrechtlich gelten weitestgehend die gleichen Regeln wie für andere Arbeitskräfte. Minijobber*innen sind Teilzeitarbeitskräfte, aber sie dürfen nicht wegen ihres geringeren Arbeitsumfangs schlechter gestellt werden als Vollzeitbeschäftigte. Sie haben einen Anspruch auf einen schriftlichen **Arbeitsvertrag**, auszustellen bis spätestens 14 Tage nach Arbeitsaufnahme.

Der **Mindestlohn** von 12 Euro pro Stunde gilt. Monatlich 520 Euro bedeuten, dass Sie in der Woche bis zu zehn Stunden arbeiten. Um den Mindestlohn nicht mit Manipulation an der Arbeitszeit zu umgehen, müssen Arbeitsbeginn und Arbeitsende spätestens nach einer Woche aufgezeichnet sein.

Geringfügig Beschäftigte haben Anspruch auf **bezahlten Urlaub** und **Lohnfortzahlung bei Krankheit** wie alle Arbeitnehmer*innen. Minijobber*innen haben den gleichen **Anspruch auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld** wie Vollzeitbeschäftigte. Es gelten die **Kündigungsschutzregeln** wie für alle anderen auch. Sie müssen nach dem **gleichen Tarif** bezahlt werden wie andere Beschäftigte auch. Sie haben Anspruch

auf tarifliche **Zusatzleistungen** wie eine **betriebliche Altersversorgung**.

Diese arbeitsrechtlichen Vorschriften können nicht durch Einzelvertrag zwischen Arbeitgebenden und Beschäftigten ausgeschlossen werden. Oft erwarten Minijobber*innen keinen arbeitsrechtlichen Schutz – aber es gibt ihn. Im Gegenteil: Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Tariflöhne sind es wert, dass Sie bei Arbeitsaufnahme darum verhandeln, diese positiv in den Arbeitsvertrag zu schreiben.

Besondere Personengruppen

- Auszubildende sind auch unter 520 Euro normal versichert und versteuert.
- Schüler*innen und Studierende haben in Bezug auf Versicherungsfreiheit besondere Regeln.
- Für Arbeitslose mit geringfügigem Nebenverdienst gilt das normale Anrechnungsverfahren.

Löhne oberhalb von 520 Euro, Midijobs, Gleitzone

Über 520 Euro arbeiten Sie auf Steuerkarte und sozialversichert, Sie sind damit auch krankenversichert. Bei 521 Euro Lohn werden 30 Cent von Ihrem Lohn abgezogen. Der Abzug steigt dann nach und nach an, bis bei 2000 Euro Brutolohn die üblichen etwa 20 Prozent Beiträge erreicht sind. Ihr Betrieb zahlt oberhalb von 520 Euro den üblichen Arbeitgeberanteil.

Für die genaue Beitragsberechnung bieten die meisten Krankenkassen auf ihrer Webseite einen sogenannten Gleitzone-rechner. Dazu kommen die Abzüge für die Steuer, hierbei sind Sie in den Steuerklassen 1, 2, 3 oder 4 bis knapp 1000 Euro brutto steuerfrei.

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union



Kofinanziert von der Europäischen Union

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen





Bild: Agneta Becker

Reich? Uns reicht es – nicht!

Die Dauerkrisen machen Arme immer ärmer, verschämter
und demokratiemüder

Von Christoph Theligmann

Die Pandemie hat viel zu lang gedauert. Die friedlose Zeit dehnt sich ins Unerträgliche. Die Krisen scheinen sich mit zunehmender Geschwindigkeit zu häufen. Eine Folge davon: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich stetig weiter, der Spalt in der Gesellschaft vergrößert sich zusehends.

Ärmere Menschen haben im vergangenen Jahr drastisch an Kaufkraft verloren. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) sind auch, und gerade, Bürgergeldempfänger*innen nicht vor hohen Teuerungsraten geschützt.

Aktuelle Zahlen werfen die Frage auf, ob die Bundesregierung ihr Versprechen, in der Energiekrise niemanden allein zu lassen, tatsächlich eingelöst hat. Das gilt insbesondere für die Ärmsten der Gesellschaft, also die Empfänger*innen von Hartz IV, das zum 1. Januar 2023 vom neuen Bürgergeld abgelöst wurde. Der Studie des DGB zufolge verloren auch sie im vergangenen Jahr teilweise erheblich an Kaufkraft und rutschten de facto unter das Existenzminimum.

Laut DGB-Studie bleiben viele trotz Bürgergeld unter dem Existenzminimum

Die Inflation stieg im vergangenen Jahr erst durch Lieferengpässe während der Corona-Pandemie und dann

durch die vom russischen Angriffskrieg ausgelöste Energiekrise stark an. Das Statistische Bundesamt taxierte sie für das gesamte Jahr 2022 auf 7,9 Prozent – den höchsten Wert seit 1951. Um die damit verbundenen Härten auszugleichen, stellte die Bundesregierung Entlastungspakete in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro bereit. Manches davon, etwa Einmalzahlungen für Erwachsene und Kinder oder das von Juni bis Ende August gültige Neun-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr, kam auch Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern zugute.

Insgesamt aber konnten die Entlastungen den DGB-Berechnungen zufolge die teuerungsbedingten Belastungen bei Weitem nicht ausgleichen. Eine arbeitslose Alleinerziehende mit einem zehnjährigen Kind

büßte demnach aufs Jahr gerechnet etwa 750 Euro ein, ein Alleinstehender 470 Euro, ein Paar mit zwei Kindern im Alter von 14 und 16 Jahren etwa 1600 Euro. Bei Menschen, die ihre Rente oder ihren Lohn aufstockten, waren die Verluste etwas geringer, da sie zusätzlich Anspruch auf die Energiepauschale der Bundesregierung von 300 Euro hatten. Die Einbußen dürften die Leistungsempfänger*innen empfindlich getroffen haben, da viele von ihnen über keinerlei finanzielle Rücklagen verfügen. Sie müssen einen Großteil ihres Geldes für Lebensmittel ausgeben, deren Preise stiegen besonders stark.

„You'll never walk alone' – das galt für die Grundsicherungsempfänger*innen im vergangenen Jahr finanziell ganz sicher nicht“, kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel in Anspielung auf ein bekanntes Zitat von Kanzler Olaf Scholz (SPD), keine*n in der Krise allein zurückzulassen.

Bürgergeld statt Hartz IV – der bessere Schutz vor Armut?

Mit der Einführung des Bürgergelds zum 1. Januar 2023 ist die Inflation nun anscheinend ausgeglichen. Der Regelsatz ist auf 502 Euro gestiegen, also um 11,8 Prozent gegenüber dem alten Hartz-IV-Satz. Der DGB kritisiert

jedoch, dass die Empfänger*innen auch künftig nicht vor hohen Teuerungsraten geschützt seien, der jährliche Mechanismus zur Anpassung der Regelsätze sei unzureichend.

Das Arbeitsministerium teilte in einer Pressemitteilung mit, die Bundesregierung habe „eine ganze Reihe von Maßnahmen erlassen, um die schlimmsten Folgen der Preissteigerungen abzufedern“. Die Frage bleibt, ob dies ausreicht – auch in Zeiten, wenn die Teuerungsrate sich wieder abschwächt, aber auf erhöhtem Niveau im Vergleich zur Zeit vor dem Preisanstieg verharrt.

Warum Menschen auf Hilfe verzichten – die (un)verschämte Armut

Zu dem Phänomen Armut gehört, dass aus Scham Millionen Menschen in Deutschland weder Wohngeld, Kinderzuschlag, Grundsicherung im Alter noch Pflegehilfen in Anspruch nehmen, allesamt staatliche Leistungen, die ihnen im Grunde zustünden. Die verschämte Armut, die Armut also, die in keiner amtlichen Statistik in Zahlen auftaucht, wollte schon die rot-grüne Bundesregierung in den Nullerjahren bekämpfen. Niemand sollte sich mehr dafür schämen, auf staatliche Hilfe als Rentner

oder Rentnerin angewiesen zu sein. Die Regierung führte die staatliche Grundsicherung im Alter ein, damit mehr alte Menschen das bekommen, was ihnen zusteht. Andere Reformpakete mit Sozialgesetzen folgten. Was aber hat die Politik seitdem erreicht?

Noch immer verzichten viele Menschen auf Sozialleistungen vom Staat. 20 Jahre später zeichnen Forscherinnen und Forscher weiterhin ein düsteres Bild. Egal, ob es ums Wohngeld, um die Grundsicherung im Alter, Hartz IV (jetzt Bürgergeld), den Kinderzuschlag oder Pflegehilfen geht: Der Staat spart jedes Jahr etliche Milliarden Euro, weil Millionen Bürgerinnen und Bürger nicht die Hilfen und Zuschüsse beantragen, die sie laut Gesetz beziehen könnten.

Viele Menschen fühlen sich wie Bittstellerinnen und Bittsteller. Das beschämt sie und hält sie davon ab, die Sozialleistungen zu beantragen, die ihnen zustehen. Dieser Umstand ist wissenschaftlich längst penibel erfasst. Zum Beispiel die Grund-

Gesellschaftliche Armut ist demokratiegefährdend

(Interview mit dem Armutsforscher Christoph Butterwegge – Zitate)

„**Fahrstuhl-Effekt**‘: Dass also alle sozialen Schichten im Zuge des sogenannten Wirtschaftswunders nach oben gefahren seien und während der aufkommenden Massenarbeitslosigkeit in den 1980ern, wie in einem Aufzug, gemeinsam nach unten. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, dass es eher einen Paternoster-Effekt gibt: Die einen fahren nach oben, während die anderen nach unten fahren. Arm und Reich sind strukturell miteinander verzahnt. Arbeit und Kapital, als gesellschaftliche Klassen

betrachtet, befinden sich nicht im selben Fahrstuhl.“

„**(Armut)...** ist eine Gefahr für die Demokratie: Die Menschen sind empfänglicher für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Viele reagieren irrational, indem sie das bestehende politische System der Bundesrepublik ablehnen. Sie verlieren das Vertrauen in die etablierten Parteien und driften nach Rechtsaußen.“

Quelle: arte Magazin 01/23, Seite 14 f.



Die Preissteigerungen besonders bei Energie und Lebensmitteln treiben die Inflation voran

sicherung im Alter, eine staatliche Hilfe für Rentnerinnen und Rentner mit einem so geringen Alterseinkommen, dass es nicht zum Leben reicht: Ende 2021 erhielten nach Angaben des Statistischen Bundesamts fast 600.000 Menschen im Rentenalter diese Hilfeleistung. Noch mehr haben sie allerdings gar nicht erst in Anspruch genommen. Das errechnete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bereits 2019.

Schon damals schätzten die DIW-Forscher, dass 625.000 Rentnerhaushalte offensichtlich von weniger als dem lebten, was der Staat ihnen als absolutes Minimum für den Lebensstandard zugesteht. Inzwischen dürften es noch mehr sein, die diese Grundsicherung nicht beziehen, da die Zahl der Alten, denen die Rente nicht zum Leben reicht, weiter zugenommen hat. Laut DIW beziehen vor allem Senioren mit geringen Ansprüchen keine Grundsicherung, also gerade diejenigen, die sie besonders benötigen. Nähmen diese Senioren die Leistung voll in Anspruch, wäre ihr Einkommen um gut 30 Prozent höher.

Verdeckte Kinderarmut

Ähnlich schlecht sieht es bei der Grundsicherung für Jüngere aus, bekannt als Hartz IV oder Arbeitslo-



Nur 30 Prozent der Anspruchsberechtigten beantragen den Kinderzuschlag für Geringverdiener. Hier zahlt die Familienkasse bis zu 250 Euro pro Kind und Monat

Foto: Agneta Becker

sengeld II, das mit Beginn des neuen Jahres vom Bürgergeld ersetzt wurde. Je nachdem, welche Studie man heranzieht, liegt der Anteil der Haushalte, die auf die Hilfe Anspruch haben, sie aber nicht beziehen, bei 30 bis 60 Prozent. Arbeitsmarktforscher sprechen deshalb von einem millionenfachen Verzicht auf Hartz IV bzw. Bürgergeld. Beim Wohngeld für Geringverdienende, deren Einkommen zumindest so hoch ist, dass sie nicht auf das Bürgergeld angewiesen sind, ist es nicht anders: Man schätzt, dass etwa die Hälfte der berechtigten Haushalte kein Wohngeld beantragt. Zuletzt bezogen knapp 600.000 Haushalte

die Hilfe zum Wohnen. Durch die Reform des Wohngelds soll ihre Zahl auf zwei Millionen Haushalte steigen. Statt monatlich 190 Euro soll es im Durchschnitt künftig 370 Euro geben.

Wenig genutzt werden ebenfalls zwei andere Hilfen des Staates, so etwa der Kinderzuschlag für Geringverdiener (nicht zu verwechseln mit dem Kindergeld). Maximal zahlt die Familienkasse hier 250 (bisher 229) Euro pro Kind und Monat. Trotzdem kassierten nur 30 Prozent der Anspruchsberechtigten den Zuschlag, sagt Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne).

Hilfen gegen Armut

Die Armutsgefährdung in Deutschland hat durch die allgemeine Preissteigerung weiter zugenommen. Dies gilt vor allem für die Explosion der Energiekosten, die auch die staatlichen Hilfszahlungen nur bedingt ausgleichen konnten. Einige der Zahlungen stehen sogar noch aus, etwa für Studierende, oder deren Ausführung ist in der berüchtigten Bürokratie stecken geblieben.

Umso wichtiger ist der Zugang zu hilfreichen Informationen. Einige der wichtigsten Sozialeinrichtungen in Deutschland haben sich dafür zusammengeschlossen und im Internet die Seite

energie-hilfe.org ins Netz gestellt. Die Hilfsangebote dort sind sehr aufschlussreich.

Auch das Aufrufen der Caritas-Webseite macht diesbezüglich Sinn ([caritas-ms.de](https://www.caritas-ms.de)). Ein Hinweis zur Nutzung: In der Suchmaske den Begriff „Energieberatung“ eingeben und den Suchergebnissen folgen.

Aufgrund der hohen Kosten sind Menschen mit wenig Geld ebenfalls vielfach vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen. Im Rahmen der Initiative <https://ichbinarmutsbetroffen.start.page> stellen das Kino Cinema und Die Linse in Münster (Warendorfer Straße 82) seit Jahresbeginn kostenlose Kinotickets für



Infos zum Münster-Pass auf: www.stadt-muenster.de/sozialamt/muenster-pass.html

Münster-Pass-Besitzer*innen bereit: In den kleinen Cinema-Sälen jeweils zwei pro Vorstellung, im größeren Cinema 1 jeweils vier. Erhältlich direkt an der Kinokasse gegen Vorlage des Passes.

Ebenso wenig bekannt scheinen einige Hilfen zu sein, die es für die Pflege von Angehörigen gibt. Wenn alle Betroffenen in Anspruch nähmen, was ihnen zusteht, lägen die Kosten im Bereich häusliche Pflege um zwölf Milliarden Euro über den derzeitigen Ausgaben, so der Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands e.V., kurz VdK.

Viele fühlen sich gebrandmarkt und stellen keinen Antrag

Woran liegt es aber, dass sich so viele Menschen so viel Geld nicht einfach von den Sozialbehörden holen? Auch darauf haben Wissenschaftler eine Antwort. DIW-Forscher fanden in einem Experiment heraus, dass Menschen eher bereit sind, Hilfen zu beantragen, wenn dies privat möglich und nicht öffentlich sichtbar ist, sodass es andere mitbekommen.

Forscher sprechen von der Angst vor Stigmatisierung. Zwei Komponenten spielen hierbei eine Rolle: Viele Anspruchsberechtigte fürchten sich vor dem Urteil anderer Menschen, zum Beispiel in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit. Diese Angst kann sie davon abhalten, die Zahlung abzurufen. Hinzu kommt das moralische Stigma. Wer die Hilfen nicht in Anspruch nimmt, verzichtet oft darauf, um nicht als Trittbrettfahrerin oder Trittbrettfahrer wahrgenommen zu werden, die oder der sich auf Kosten anderer finanziell besserstellt, heißt es in der DIW-Studie. Und gerade im Alter wollen viele Menschen, die womöglich ihr Leben lang gearbeitet haben, nicht auf Almosen des Staates angewiesen sein.

Zusätzlich zur Angst vor Stigmatisierung gibt es diverse andere Gründe für den Verzicht auf Sozialleistungen, etwa auch schlichte Unwissenheit. Zudem ist vielen Menschen das Ausfüllen der Anträge zu kompliziert oder zu aufwendig, auch gemessen an dem Geld, das womöglich später für sie herauspringt. So gibt es noch immer in Formularen Fragen mit

doppelter Verneinung. Diese sind so schwer zu verstehen, dass selbst Experten angeben, nicht zu wissen, ob „Ja“ oder „Nein“ die richtige Antwort ist.

Menschen scheuen den Gang zum Amt, manche wollen sich nicht vor fremden Sachbearbeiter*innen die Blöße geben, jeden Euro vom Einkommen und Vermögen offenzulegen. Wieder andere haben, besonders bei der Grundsicherung im Alter Angst vor Nachteilen, so die in der Regel unberechtigte Sorge, aus ihrer Wohnung oder dem Haus ausziehen zu müssen. Weitverbreitet scheint außerdem die Angst zu sein, dass der Staat auf das Einkommen der Kinder zurückgreifen könnte, obwohl dies auf Kinder mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro begrenzt ist.

Weniger Bürokratie könnte schon mal helfen

Was wäre zu tun, damit Menschen das bekommen, was ihnen von Staats wegen zusteht? Sozialleistungen bei einem Anspruch automatisiert auszahlen könnte hier weiterhelfen.

Beim Wohngeld gibt es nun einen ersten Schritt in diese Richtung: Das Geld wird vom neuen Jahr an nicht für zwölf, sondern für 24 Monate bewilligt, sodass erst dann wieder ein neuer Antrag zu stellen ist. Es wäre eine Vereinfachung.

Die DIW-Forscher schlagen zudem bei der Grundsicherung im Alter standardisierte Einkommensprüfungen vor. Und generell natürlich Anträge so vorzulegen, dass diese kurz und leicht verständlich sind, um bürokratische Hürden abzubauen. Eine bessere Möglichkeit wäre, Anträge online zu stellen, das könnte die diversen Hilfen ebenfalls zugänglicher machen und dem einen oder der anderen die Angst vor Stigmatisierung nehmen.

Wie schwierig solche Änderungen in der Praxis umzusetzen sind, zeigt beispielhaft die Wohngeldreform. Die hat das Antragsverfahren zwar geringfügig vereinfacht, es wird dafür aber mehr in Anspruch genommen – und das bei weniger Bearbeitungspersonal. Der Fachpersonalmangel ist allerdings ein Thema, welches an anderer Stelle zu erörtern wäre. ■

Wir sind tief getroffen und trauern mit den Angehörigen der Opfer der Erdbeben in Syrien und der Türkei.

Suriye ve Türkiye'deki deprem mağdurları için yas tutuyoruz ve başsağlığı diliyoruz.

تعازينا الحارة لأسر ضحايا الزلزال في سوريا و تركيا.



grüne-muenster.de

Des einen Leid ist des anderen Freud

Oxfam hat eine Studie veröffentlicht, die aufzeigt, dass vor allem die Reichsten von steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen profitieren. In der Studie wird vor einer Verschärfung von Ungleichheit in der Welt und auch in Deutschland gewarnt.

Die internationale Entwicklungs- und Kampagnenorganisation Oxfam belegt in ihrer neuen Studie, dass Lebensmittel- und Energieunternehmen ihren Gewinn im Krisenjahr 2022 mehr als verdoppelt haben. Die altbekannte Schere zwischen Arm und Reich geht in ungekanntem Tempo auseinander: Erstmals seit 25 Jahren haben sowohl extreme Armut als auch extremer Reichtum zugenommen. Seit 2020 verbucht das reichste Prozent der Weltbevölkerung zirka zwei Drittel des weltweiten Vermögenszuwachses für sich. Diese Entwicklung zeigt sich global, sowohl in armen als auch in reichen Ländern. So sind Vermögen auch in Deutschland und der EU trotz des allgemeinen Zuwachses und einer starken Wirtschaft extrem ungleich verteilt. Das Gesamtvermögen aller Milliardärinnen und Milliardäre ist seit der Pandemie täglich um durchschnittlich 2,7 Milliarden US-Dollar gestiegen.

Manuel Schmitt, Referent der Organisation, findet folgende Worte: „Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie Lebensmittel und Energie bezahlen sollen, bringen die Krisen unserer Zeit gigantische Vermögenszuwächse für Milliardär*innen.“



Mit Steuern Ungleichheit bekämpfen

Menschen mit geringem Einkommen haben schlicht keine Lobby. Sie finden in der Politik weniger Gehör als Personen und Unternehmen mit Milliarden auf den Bankkonten. Oxfam fordert von Regierungen, nun endlich aktiv zu werden und die steigende Ungleichheit durch Steuern und Marktregulierung zu bekämpfen. Gefordert wird eine stärkere Besteuerung von sogenannten Übergewinnen, also den in der Energiekrise entstandenen ungewöhnlich hohen Gewinnen, und die Einführung einer Vermögenssteuer. Die Besteuerung auf hohe Gesamtvermögen in Form einer Vermögenssteuer findet in Deutschland bereits seit fast 30 Jahren gar nicht mehr statt.

Die ungleichen Verhältnisse drängen sich vielen auf: Mittlerweile fordern sogar Erb*innen groß-

er Vermögen aus Deutschland und Österreich unter dem Slogan „Tax me now“ Vermögensabgaben und -steuern auf ihr Geld. Angekommen ist das leider nicht beim aktuellen FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner. Er findet, eine solche Gesetzesänderung „kann Deutschland sich nicht leisten“ und will statt mehr, lieber noch weniger Besteuerung. Als Argument nennt er beispielsweise, dass Vermögenssteuern kaum noch üblich seien und es auch in anderen Ländern der EU nur noch selten solche Konzepte gebe. Dieses Argument zieht nicht so richtig, vielmehr macht es deutlich, warum auch in allen anderen EU-Staaten der Trend weiter in Richtung der Aufspaltung der Gesellschaft in extrem reich und extrem arm geht.

Lindner selber liegt damit wiederum ganz im Trend der Ergebnisse der Studie. Bravo!

Anna Laura Askanazy

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich



Widersprüche 166
Wir forschen Dich mit
 Partizipative Forschung als Vergesellschaftung von Forschung?
 2022 – 129 Seiten – 15,00 €
 ISBN 978-3-98634-006-3



Marie-Therese Haj Ahmad
Von Ein- und Ausschlüssen in Europa
 Eine ethnographische Studie zu EU-Migration und Wohnungslosigkeit in Deutschland
 2022 – 245 Seiten – 27,00 €
 ISBN 978-3-89691-078-3
 OPEN ACCESS



Wolfdietrich Schmied-Kowarzik
Solidarische Praxis in Allianz mit der Natur
 Marx' dialektische Praxisphilosophie für das 21. Jahrhundert
 2022 – 205 Seiten – 25,00 €
 ISBN 978-3-89691-081-3

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Unsere Einrichtungen

- Das **Begegnungszentrum** am Sprickmannplatz 7 als Treffpunkt der vielfältigsten Gruppen und Initiativen
- Der **Jugendsalon** am Platz als offener Treffpunkt für die jungen Menschen des Wohnviertels
- Das **Büro** Killingstraße 15 als Ort der Beratung, Organisation, Koordination und Kleingruppen

Das Begegnungszentrum Kinderhaus ist korporiertes Mitglied der Arbeiterwohlfahrt



Begegnungszentrum Kinderhaus e.V.
 Sprickmannplatz 7, 48159 Münster
 Fon: 0251 – 21 69 58
 Email: stadtteilarbeit@bgz-kinderhaus.de



Beratungsbüro BGZ
 Killingstr. 15, 3. OG
 48159 Münster
 Fon: 0251 - 390 96 96 / 97
 Fax: 02581 – 899 84 96

1. Vorsitzende: Karin von Borzyskowski
 Leiter: Thomas Kollmann
 Thomas.kollmann@bgz-kinderhaus.de

Vereinskonto bei der Volksbank Münsterland Nord eG
 Kontoinhaber BGZ Kinderhaus e.V.
 IBAN: DE46 4036 1906 7230 9461 00
 BIC: GENODEM1188



Unser Auftritt im Internet:
www.bgz-kinderhaus.de
facebook.com/BGZsprickmann
twitter.com/BGZsprickmann

Impressum:
 Hrsg.: BGZ Kinderhaus e.V.
 Kinderhaus, März 2023



Aktuelle Angebote und Hilfen für Menschen in Münster-Kinderhaus

- Sozialberatung und Unterstützung
- Integrationsarbeit
- Fachliche Begleitung von Arbeitsgelegenheiten
- Sozialer Arbeitsmarkt
- Ausgabestelle der Münster-Tafel
- über 35 interkulturelle Gruppenangebote
- Projekt Lesepat*Innen mit der Grundschule West
- gemeinschaftliche Bewohnerprojekte
- anwaltliche Stadtteilarbeit für bessere Wohnverhältnisse
- Selbsthilfeeinheiten, Offene Treffs, Stadtteilliste
- Angebote und Hilfen für Seniorinnen und Senioren
- Bildungsveranstaltungen, Kurse
- Religiöse Veranstaltungen, Gottesdienste
- Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Aufsuchende Jugendarbeit
- Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe
- Angebote für Familien, Ferienprogramme
- Stadtteilrundgänge Brüningsheide

Kooperationen mit

- Stadt Münster
- Jobcenter Münster
- Stiftung Siverdes
- Beratungsdienste stadtweit
- Internationaler Kulturverein ATRIUM e.V.
- KAI (Kinderhauser Arbeitslosen-Initiative)
- Familienzentrum Killingstraße
- Möbelfaden Obolus
- Kleiderkammer Anziehungspunkt
- AWO Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Wir freuen uns auf Euer Kommen
 Bei Fragen spricht uns gern an!

Mark Fishers Buch „kapitalistischer realismus ohne alternative?“ hinterfragt das Festhalten an einem fragwürdigen System

Karnickel im Erdloch

Eine Buchbesprechung von Robert Martschinke



Was veranlasst uns, an einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem festzuhalten, von dem wir wissen, dass es die Menschheit mittelfristig ruinieren und langfristig womöglich auslöschen wird? Wer oder was hat unser Denken so effektiv und nachhaltig dahingehend zurechtgestutzt, den Kapitalismus trotz all seiner Widersprüche und Verwerfungen als ausweg-, weil „alternativlos“ zu begreifen und zu verinnerlichen? Warum fällt es so vielen von uns offenbar leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus?

Als der britische Kulturwissenschaftler und Schriftsteller Mark Fisher 2017 freiwillig aus dem Leben schied, war die Bestürzung – zumindest in der linken Polit- und Kulturszene – immens. Fisher galt als einer der wachsten und originellsten Denker im englischsprachigen Raum der ersten anderthalb Dekaden des 21. Jahrhunderts. Fishers essayistische Methode, mitunter einander nur augenscheinlich artfremde Phänomene und Themenkomplexe in Bezug zueinander zu setzen, um ihre tieferen Bedeutungs- und Bewegungsebenen auszuloten und ans Licht zu bringen, erinnert nicht von ungefähr an die publizistischen Arbeiten seines deutschen Kollegen Dietmar Dath. Fishers Blog unter dem Alias k-punk genoss bereits zu Lebzeiten des Autors Kultstatus.

Niedergang ohne Aufschrei

Fishers Essay „kapitalistischer realismus ohne alternative?“ (Originaltitel: Capitalist Realism: Is There No Alternative? – Die alberne Kleinschreibung des deutschen Titels findet im Text selbst keine Verwendung.) entstand unmittelbar während und im Nachhall der Finanzkrise 2008. Der Beinah-Kollaps des globalen Banken- und Finanzsystems mit seinen mitunter verheerenden Folgen (nicht nur kurz- und mittelfristig, man schaue noch heuer nur mal nach Griechenland) hatte einen kurzen geschichtlichen Moment lang pro-

gressive Hoffnungen geschürt. Hoffnungen darauf, dass das weltweit herrschende, neoliberal radikalisierte kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sich an diesem Punkt endgültig selbst disqualifiziert und vom Platz nimmt. Und das, um – im Idealfall – seinem systemischen Gegenpart, zum Mindesten jedoch einem demokratisch reformierten Postkapitalismus, das Feld mit der so wuchtigen wie undankbaren Aufgabe zu überlassen, aus den Trümmern, die er hinterlassen hat, wieder ein Haus zu bauen. Ein Haus – wenn schon nicht für alle – so doch für die Mehrheit der Menschheit anstatt lediglich einer zahlenmäßig verschwindend geringen Geldelite.

Von einem derartigen systemischen Neustart sollte jedoch – zumindest öffentlich – im Folgenden nie auch nur die geringste Rede sein. Fisher zeigt im hier besprochenen Text auf, warum dem so war. Ohne auch nur einmal mit der Wimper zu zucken, machte sich das neoliberale System in Form seines Establishments und dessen Personals kurzerhand daran, selbst den eigenen Müll zusammenzukehren und scheinbar zu beseitigen – mit den ihm eigenen Mitteln. Was unter anderem nicht nur Millionen US-Amerikaner in Armut und Obdachlosigkeit trieb und das EU-Mitglied Griechenland zu einer Dritte-Welt-Kolonie degradierte, in der sich die Suizidrate binnen Jahresfrist verfünffachte.

Was Fisher – und wohl nicht nur ihn – an alldem indes am nachhaltigsten irritierte: Wieso nahm es eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung – quer durch alle gesellschaftlichen Schichten – offenbar stillschweigend, wenn nicht gar affirmierend (begründigend – Anm. d. Redaktion) hin, dass die permanente Krise des Kapitalismus mehr oder minder nahtlos – und unter sogar noch verschärften Bedingungen – weiterbetrieben wurde, als sei überhaupt nichts gewesen? Wo war der allgemeine Aufschrei, waren die Proteste, Massenstreiks, Aufstände, Rebellionen? Aktivistische Ansätze wie Occupy Wall Street entpuppten sich da letztendlich als bloße Kerzenlichter, Strohfeder und erloschen wieder binnen Monaten, ohne langfristig das Geringste bewirkt zu haben.

Neoliberale Gehirnwäsche

Einen möglichen Grund für das Ausbleiben so gut wie jeglicher ge-

sellschaftlicher Gegenwehr gegen die Fortsetzung des nun selbst für in dieser Frage Blinde offensichtlich zutiefst destruktiven Systems (Mittlerweile haben wir mit der ungebremst eskalierenden Klimakatastrophe und der Dämmerung des Dritten Weltkriegs noch wesentlich anschaulichere Beispiele vor aller Augen.) findet Fisher in einer Phrase, deren Autorenschaft offenbar nicht restlos geklärt ist. Sie klingt so absurd wie banal und gleichzeitig erschreckend logisch: „Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus.“

Wie aber hat ein solches Wirtschaftssystem – als Wirtschaftsweise, Machtstruktur, Gesellschaftsformation, die im alleinigen Namen des Profits, dem alles Menschliche unter Androhung der Vernichtung sich unterzuordnen hat und die alles und jeden zur Ware macht – wie hat es

ein solch menschenverachtendes System vermocht, sich zumindest im „Wertewesten“ in dermaßen viele Köpfe einzunisten als einzig denkbare, vorstellbare, mithin alternativlose Matrix des Seins?

„Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus.“

Der Kulturwissenschaftler Fisher geht der Frage nach, woraus sich diese ideologische, totalitäre Indoktrination speist. Er wird nicht nur bei den Propagandainstrumenten und -programmen von Industrie und Politik fündig, sondern auch in auf den ersten Blick vermeintlich unverdächtigen populären Filmen (die letzten Endes auch nur Industrieprodukte sind, zumindest die allermeisten), bei (post-)modernen Kultur- und Kommunikationsmedien bis hin zum Gangsta-Rap. (Wer Dietmar Daths „Die salzweißen Augen“ goutiert hat, kommt in diesen Passagen ebenfalls auf seine Kosten.)



cuba
Arbeitslosenberatung

Beratung nach Vereinbarung sowie offene Sprechstunde di 9-12.30 Uhr

Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • Tel. 0251 / 511929
cuba-beratung@muenster.de
www.cuba-arbeitslosenberatung.de

Mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW des Europäischen Sozialfonds und der Stadt Münster

EUROPAISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

STADT MÜNSTER

cuba
Arbeitslosenberatung

Beratungsstelle faire Arbeit

- kostenlose, vertrauliche und unabhängige
Beratung in Münster -

International

Wir beraten
und unterstützen Sie
auch in anderen
Sprachen!

Tel. 0251/511929;
0157 50734534

Achtermannstr. 10 – 12, 48143 Münster
Internet: www.cuba-arbeitslosenberatung.de
Email: cuba-beratung@muenster.de





Aus seiner Erfahrung als Dozent berichtet Fisher hingegen eindringlich von der mentalen, seelischen Verfasstheit, etwa seiner Schüler*innen an einer englischen Fachoberschule. Dabei zeigt er auf, welche drastischen Folgen in Form psychischer Erkrankungen und Deformationen letztendlich infolge jener Indoktrination und Konditionierung auf neoliberale „Werte“, konsumorientierte Verhaltensweisen und (pseudo-) soziale Umgestaltungsformen bereits vor einer Dekade oder noch früher pandemisch geworden sind.

No Future?

Gleichzeitig fragt sich der engagierte Bürger und Publizist, weshalb es so verdammt schwierig ist – auch wenn man vermeintlich den „Durchblick“ hat und glaubt, die Trugbilder und wahren Mechanismen, Zwecke und Ziele des neoliberalen Systems durchschaut, entlarvt und identifiziert zu haben –, weshalb es so schwierig ist oder zu sein scheint, das System als Ganzes anzugreifen, ja überhaupt auch nur anzutasten. (Dafür steht der Abschnitt, in dem Fisher unter anderem dem bzw. der verblüfften Leser*in mittels Textnachweis vor Augen führt, dass Franz Kafka das Prinzip des „Callcenters“, das lästige Anrufe gezielt ins Leere laufen lässt, bereits vor 100 Jahren in seinem Roman „Das Schloss“ in allen Details beschrieben hat.)

Wie bei einem, wenngleich recht offenen und flexiblen, Vertreter des Akzelerationismus (Akzeleration heißt Beschleunigung; gemeint ist hier eine philosophische Denkschule, die den Kapitalismus mit seinen eigenen Mitteln bekämpfen will. Demnach müsse der Kapitalismus und mit ihm vor allem seine technische Entwicklung sogar beschleunigt werden, wenn man ihn schon nicht ändern oder aus ihm aussteigen könne, um ihm zu entkommen. Durch die Beschleunigung neuer technologischer Entwicklungen, wie zum Beispiel die Künstliche Intelligenz, könne ein Mehr an Emanzipation erreicht werden. – Anm. d. Redaktion). Daraus kaum anders zu erwarten, geht es nicht ohne die Einordnung mancher Thesen und Sachverhalte in kybernetische, kon- und dekon-

Flüssig zu lesen ist Fishers Essay allemal, stellenweise sogar durchaus unterhaltsam

struktivistische Schemata – jedoch stets verständlich und nachvollziehbar auch für Leser*innen, die mit solchen Denkfiguren ansonsten wenig Umgang pflegen. Gilles Deleuze und Slavoj Žižek werden neben Kafka am häufigsten als Gewährsleute genannt und zitiert, wobei Žižek vor zehn Jahren offenbar noch nicht der kriegsgeile Neo-Konservative und Nato-Versteher war, als den er sich dieser Tage inszeniert.

Ohne Solidarität wird es nichts

Flüssig zu lesen ist Fishers Essay allemal, stellenweise sogar durchaus unterhaltsam. So dürfte es selbst beinharten Kommunistenfressern zumindest ein Lächeln abtrotzen (wenngleich vielleicht auch nur ein demonstrativ abfälliges), wenn Fisher dar- und belegt, dass das berüchtigte stalinistische Bürokratiekrakenmonster im Neoliberalismus (der vordergründig angetreten ist mit dem Anspruch, Bürokratie weitestgehend beseitigen zu wollen) eine zweite, bestens umhugte Heimat gefunden hat.

Eine praktikable Lösung der zahlreichen Dilemmata, gar einen Ausweg aus der vermeintlich alternativlosen Falle, in die wir alle geschubst worden sind oder uns haben schubsen lassen und in der wir nun so traumatisiert wie desillusioniert festsitzen wie Karnickel im Erdloch und der schrecklichen Dinge harren, die sich am Horizont abzeichnen und die Bezeichnung „Zukunft“ schon seit Langem nicht mehr verdienen: Das alles kann der Text allein schon aufgrund seines begrenzten Umfangs nicht anbieten. Wie immer ein möglicher Ausweg aus der scheinbaren Sackgasse Kapitalismus respektive Neoliberalismus, eine Alternative zur vorgeblichen Alternativlosigkeit jedoch letztendlich aussehen mag – so viel steht auch für Fisher fest: Ohne massentaugliche und -mobilisierende Solidarität, dieses Relikt aus lang vergangenen und vergessenen Zeiten, wird es nichts werden. Und die Uhr tickt. Vielleicht lauter denn je. ■

Mark Fisher: kapitalistischer Realismus ohne Alternative?
VSA Verlag Hamburg, 2013, Taschenbuch, 120 S., 12,80 €

vhs Volkshochschule Münster
STADT MÜNSTER

23 vhs-Jahresprogramm
Horizonte erweitern.

Nachhaltig weiterbilden – neue Ressourcen schaffen

- 24 Sprachen auf verschiedenen Niveaustufen
- Fit im Job und Persönlichkeitsentwicklung
- Digitale Kompetenzen und IT-Schulungen
- Gesunde Küche, Bewegung und Entspannung
- Gesellschaft, Politik und Kultur
- Pädagogische Qualifizierungen
- Bildungsurlaube

Jetzt anmelden!
www.stadt-muenster.de/vhs/programm

Die **unsoziale** Sozialpolitik der AfD

Soziale Rhetorik, aber neoliberale Praxis und im Hintergrund faschistische Konzepte

Ein Gastbeitrag von Carsten Peters

Am 20. Januar 2023 demonstrierten mehr als 6000 Menschen auf Münsters Prinzipalmarkt gegen die Neujahrsversammlung der AfD im Rathaus. Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen und vom Verfassungsschutz als Rechts-extremist eingestuft, war geladener Hauptredner der extrem rechten Partei. Im folgenden Beitrag geht es um einen Blick auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik einer Partei, die der NSDAP immer ähnlicher wird.

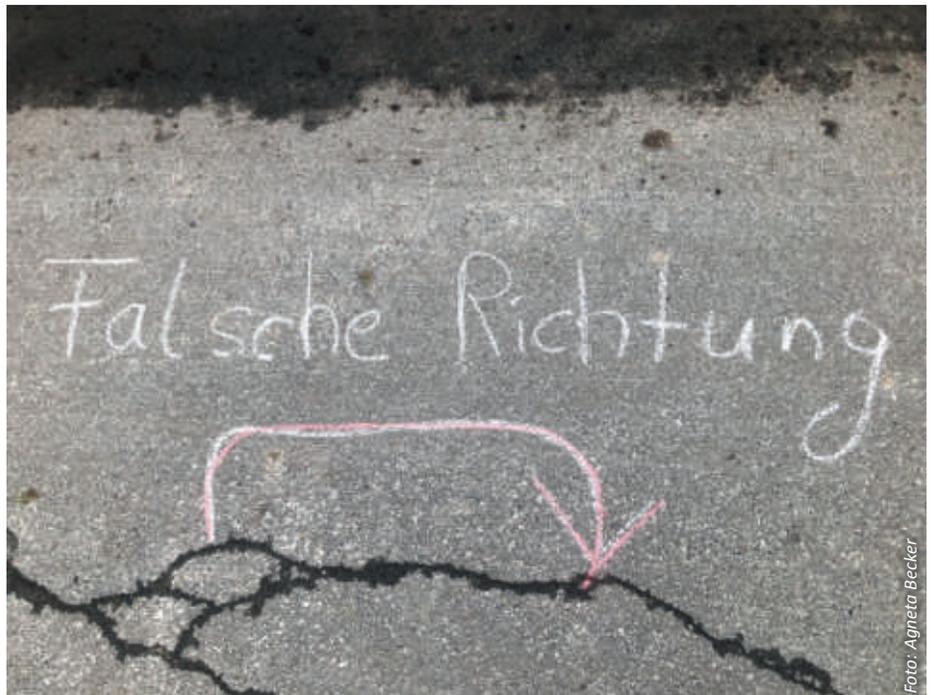


Foto: Agneta Becker

Die Partei AfD begann 2013 mit einer marktradikalen Professorengruppe an der Spitze. Das erste Sprecher*innen-Team um Bernd Lucke, Konrad Adam und Dagmar Metzger vertrat wie Lucke in dem von ihm initiierten „Hamburger Appell“ faktisch die Abschaffung des Sozialstaats. Adam stellte in einem Beitrag der „Welt“ offen das Wahlrecht von Arbeitslosen in Frage, Metzger wollte sogar den Staat als Ganzes durch nahezu vollständige Privatisierung ersetzen.

Diese Vorstellungen entsprachen bereits einem elitären, zutiefst antidemokratischen Denken – einem Klassenkampf von oben. 2016 versuchte der damalige Partei-Vize Gauland die AfD vom diesem Image der sozialen Kälte der Professorenpartei zu befreien und massentauglicher zu machen. So sprach er davon, dass „überall da, wo wir den Eindruck haben, dass der kleine Mann ungleich behandelt wird, wollen wir uns dafür einsetzen, dass er gerecht behandelt wird“ und „Wir müssen versuchen, soviel soziale Gerechtigkeit

wie möglich umzusetzen. Die AfD darf nicht die Menschen am unteren Ende der sozialen Skala allein lassen.“ Viele Parteiprotagonist*innen, vom ehemaligen Sozialdemokraten und heutigen AfD-Europaabgeordneten Guido Reil bis hin zum Thüringer Parteichef Björn Höcke, stoßen seither regelmäßig – oberflächlich betrachtet - ins selbe Horn. Folgenlos bleibt das nicht. Zwar zeigen die Wahlergebnisse im Superwahljahr 2021, dass der Aufwärtstrend der Partei erstmal gestoppt ist – bei allen Wahlen verlor die AfD an Zuspruch –, allerdings bleiben die Wahlergebnisse unter Arbeiter*innen, besonders männlichen, sehr hoch. Nach Auswertungen von Statista wurde die

AfD bei der Bundestagswahl in dieser Gruppe hinter der SPD zweitstärkste Kraft; auch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer*innen wählen die extrem rechte Partei.

Reden und Handeln sind nicht identisch

In der Praxis hat die AfD-Bundestagsfraktion gegen nahezu alle Maßnahmen gestimmt, die Menschen mit geringem Einkommen, Arbeitslosen oder Alleinerziehenden zugutekommen sollen: höherer

Mindestlohn, Mieter*innenschutz und Abbau von Sanktionen gegen Alg-II-Bezieher*innen.

Im Münsteraner Stadtrat stimmen die AfD-Vertreter grundsätzlich gegen jede Neueinrichtung von Kitas – die Kinder sollen zu Hause erzogen und tagsüber von der Mutter betreut werden, so deren Auffassung – und gegen jede Maßnahme, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unterstützen könnte. Im Kern orientiert sich die AfD-Sozialpolitik am Volksgemeinschaftsgedanken: Der Programmteil Sozialpolitik beginnt mit dem Satz: „Die AfD bekennt sich zum Sozialstaat, zur sozia-

hier der rassistische Charakter der Partei, deren Programm sich mit dem simplen „Deutschland zuerst“ einfach auf den Punkt bringen lässt.

In einer Analyse der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung, die das Abstimmungsverhalten der AfD seit 2017 im Bundestag untersucht hat, heißt es: „Die AfD stimmt bei Anträgen zur Gestaltung des Sozialstaates häufig gemeinsam mit der FDP (in ca. 75 Prozent der Abstimmungen) und teilweise auch mit den Regierungsparteien (in ca. 38 Prozent der Abstimmungen). Wesentlich seltener ist sie mit den Grünen oder der Linkspartei hinsichtlich der Gestaltung des

Rassismus pur bei der AfD

Deutlicher formuliert geht es um die ausschließliche Förderung deutscher Familien und mehr Geburten deutscher Kinder. Hierfür will die extrem rechte Partei deutsche Familien gezielt fördern: durch Freistellung von der Zahlung von Rentenbeiträgen bei vollständiger Rentenauszahlung, Einführung eines Betreuungsgeldes in den ersten drei Jahren des Kindes (um diese nicht in Kitas geben zu müssen), Einführung eines „Ehe-Start-Kredits“ für junge Familien und Wohnraumförderung kinderreicher Familien bis hin zu Lohnsubventionierungen für Eltern. Genannt wird das Ganze „aktivierende Familienpolitik“, die darauf abzielt, die Geburtenrate (deutscher) Familien zu erhöhen. Der NS-Staat gewährte jungen Familien sogenannte Ehestands-Darlehen zu dem gleichen Zweck, verbunden mit dem Ausstieg der Frau aus dem Arbeitsleben.

Zurück zu Björn Höcke, der bereits 2015 den rassenbiologischen Hintergrund lieferte. In einem Vortrag beim „III. Staatspolitischen Kongress ‚Ansturm auf Europa‘“ beim rechten Institut für Staatspolitik: „Die Evolution hat Afrika und Europa vereinfacht gesagt zwei unterschiedliche Reproduktionstypen beschert. Sehr gut nachvollziehbar für jeden Biologen. Das Auseinanderfallen der afrikanischen und europäischen Geburtenrate wird gegenwärtig natürlich noch durch den dekadenten Zeitgeist verstärkt, der Europa fest im Griff hat. Kurz: Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“

Der Rassismus der AfD zieht sich durch alle Politikbereiche. Die AfD ist keine demokratische Partei und keine Alternative. ■

Gastautor Carsten Peters ist stellvertretender Vorsitzender des DGB-Stadverbandes Münster und Vorsitzender der GEW Münster.

In der Praxis hat die AfD-Bundestagsfraktion gegen nahezu alle Maßnahmen gestimmt, die Menschen mit geringem Einkommen, Arbeitslosen oder Alleinerziehenden zugutekommen sollen



len Marktwirtschaft und zur Solidarität und gegenseitigen Hilfe innerhalb unseres Volkes.“ Hier wird der grundsätzliche Charakter der „exkludierenden Sozialpolitik“ der AfD deutlich: Sie will Politik nur für „unser Volk“ machen, zu dem Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht zählen.

Das Programm folgt der Losung „Deutschland zuerst“

Seitenlang geht es im Parteiprogramm weiter mit Ausführungen zur „deutschen Familie“, sinkenden Geburtenrate und mit der Forderung, dass deutsche Familien wieder mehr Kinder bekommen sollen. Ausführungen darüber, dass Zuwanderung keine Lösung für gesellschaftliche Probleme sei und vieles mehr in diesem Sinne. Grundsätzlich zeigt sich

Sozialstaates einer Meinung (in ca. 10 Prozent der Abstimmungen).

Zentrale Begründungen der AfD für das Abstimmungsverhalten in den von uns untersuchten Anträgen zum Themenbereich Sozialstaat waren die Forderung nach effizienterer Verwaltung und Administration und der Abbau von bürokratischen Hürden für Unternehmen. Ein exklusiver Solidaritätsanspruch für eine „homogene Volksgemeinschaft“, der insbesondere Asylwerber*innen und oft auch generell Ausländer*innen den Zugang zu unterschiedlichen Formen von Sozialleistungen verwehren soll. Die deutsche Volksgemeinschaft, die auf Basis bevölkerungspolitischer Überlegungen angesprochen und dabei besonderes Augenmerk auf Mütter gelegt wird.“

Tschüss, Hallo

Das kostenlos verteilte Anzeigenblatt steht vor dem Aus.
Viele ärmere Menschen werden sie vermissen

Von Regina Ioffe

An sonnigen wie regnerischen Tagen kommt sie pünktlich und zuverlässig: die kostenlose Hallo-Zeitung für Münster. Gefüllt mit Werbeprospekten von Lebensmittelhändlern, Möbelhäusern und Drogerien, mit Kleinanzeigen, mit Artikel und Fotos über Münster, mit Informationen über verschiedene Live-Veranstaltungen und auch online.

Für die Produktion des Anzeigenblatts ist die Aschendorff-Mediengruppe zuständig. Die Zustellung der Zeitung bot Schüler*innen und Erwachsenen bisher die Möglichkeit, sich einen kleinen Zuverdienst vor Ort zu sichern.

Lokale Hallo-Ausgaben erscheinen nicht nur für Münster, sondern auch für Orte im Umland wie Greven, Lüdinghausen, Steinfurt und Telgte. Die Print-Ausgaben (zirka 100.000 Exemplare allein für Münster) gibt es auch als pdf-Datei im Internet zum Herunterladen.

Den Bewohner*innen von Mehrfamilien- und Hochhäusern sind die gedruckten Ausgaben der Hallo gut bekannt, weil es sich für die Auftraggeber der Werbung bislang lohnte, gerade in verdichteten Straßenzügen mit vielen Privathaushalten die Zeitung mit den Werbeprospekten verteilen zu lassen. Dagegen ist die Hallo den Menschen aus Reihen- und Einfamilienhäusern zwar vom Namen bekannt, doch sie wird dort von vielen Haushalten ignoriert bzw. gleich in die Papiertonne

geworfen oder oft erst gar nicht zu gestellt.

Die Finanzierung der Gratiszeitung erfolgt über Werbemittel. In Zeiten steigender Energiepreise und Papierkosten hat sich die Aschendorff-Medien GmbH & Co. KG kürzlich entschieden, Ende April 2023 sämtliche kostenlose Zeitungen in Münster und dem Münsterland und sogar in Ostwestfalen einzustellen. So werden nur die gebührenpflichtigen Tageszeitungen Westfälischen Nachrichten und die Münstersche Zeitung bleiben.

„Wenn Ihnen unser Angebot gefällt, haben Sie diverse Möglichkeiten, unsere Inhalte vollumfänglich zu abonnieren“, sagen die Chefredakteure Anne Eckrodt und Carsten Voß von den Westfälischen Nachrichten.

Stimmt das? Das WN-Abo kostet je nach Art der Ausgabe zwischen 42,90 und 47,90 Euro pro Monat. Für Studierende gibt es ein ermäßigtes Jahresabonnement für 23,95 Euro monatlich. Und was ist, wenn man Bürgergeld, Grundsicherung im Alter, Erwerbsminderungsgeld bezieht oder nur über ein sehr geringes Arbeitseinkommen verfügt?

Für Menschen mit dem Bezug von Bürgergeld stehen „satte“ 48,98 Euro monatlich zur Verfügung für Freizeit, Unterhaltung, Kultur. Da auch das Geld für die anderen Lebensbereiche (Wohnen, Energie, Strom, Gesundheitspflege, Verkehr) sehr knapp bemessen ist, muss man das für den Kulturbereich gedachte Geld für andere, überlebenswichtige Bereiche nehmen. Dann bleiben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur zusammen null bis

zehn Euro zu Verfügung. Ein gebührenpflichtiges Abo für eine Lokalzeitung wird damit zum Luxusartikel, der nicht mehr zu bezahlen ist.

Die Chefredakteure der WN haben meine Frage, warum es auch das Online-Angebot der Hallo nicht mehr geben wird, folgendermaßen beantwortet: Demnach befürchten die Werbekunden, dass die Reichweite der Online-Version bei fehlender Verteilung der gedruckten Ausgabe erheblich sinkt. Die Online-Werbung sei dadurch nicht mehr attraktiv für die Kunden, Werbeaufträge blieben immer mehr aus. Und damit entfalle die Finanzierungsquelle für die kostenlose Zeitung.

Es ist sehr schade, dass der Zugang zu lokalen Nachrichten in Textform (kein TV oder Rundfunk) so sehr an ein höheres Einkommen gebunden ist. Für Apps braucht man ein Smartphone oder Tablet mit einer aktuellen Version des Betriebssystems. Sie erfordern zudem Ausgaben in die jeweils aktuelle Technik, außerdem kosten sie zusätzlich Strom. Ersparnis aufwendungen für Papier, Druck, Zustellung wälzt Aschendorff-Medien auf diese Weise einfach auf die Kund*innen ab. Und wer wenig Geld hat, bleibt von der gesellschaftlichen Teilhabe in Form des Zugangs zu lokalen Nachrichten abgeschnitten. Eine traurige Realität.

Auf die Idee, lokale Nachrichten online in Textform stattdessen aus Steuermitteln zu bezuschussen und einkommensschwachen Menschen auch einen Zugang zu ermöglichen, kommt man offensichtlich nicht. ■



Foto: Agneta Becker

Kurzmeldungen & Tipps

Reallohnrückgang, Hartz IV, Bürgergeld und Inflation

Die hohe Inflation hat in der jüngsten Zeit alle Lohnerhöhungen aufgefrisst. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes aus dem Februar 2023 beschreiben, dass die Reallöhne das dritte Jahr in Folge zurückgegangen sind. Die Preissteigerungen hätten alle Lohnerhöhungen überschritten.

Diese Entwicklung hat sich bei den Sozial-einkommen fortgesetzt. Die Renten sind an die Lohnerhöhungen geknüpft. Wenn die Löhne steigen, sollen die Renten im gleichen Maße steigen. Wenn die Löhne aber weniger steigen als die Preise, dann gucken

auch die Rentner*innen in die Röhre. Und bei der Grundsicherung bzw. bei Hartz IV ist es genauso gekommen. Hartz IV ist an die Rentenerhöhungen gebunden. Im Januar 2022 stieg die Inflation schon ordentlich auf fünf Prozent. Der monatliche Hartz-IV-Satz stieg aber gerade mal um peinliche drei Euro von 446 auf 449 Euro, das entspricht einem Mehr von etwa 0,7 Prozent.

Zum Jahresbeginn hat das Bürgergeld Hartz IV abgelöst. Das war mit einem Anstieg um 53 Euro monatlich für einen Single-Haushalt oder etwas mehr als 11 Prozent verbunden. Die allgemeine Preissteigerung hatte diese eigentlich kräftige An-

hebung des Bürgergeldes jedoch schon wieder aufgefrisst. Der Anstieg reichte nicht aus, um die Kaufkraftverluste der letzten Jahre auszugleichen, beschreibt eine aktuelle Studie des DGB die Situation. Zusammen mit dem DGB fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband deutliche Erhöhungen bei der Grundsicherung.

Quelle: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/studie-belegt-kaufkraftverluste-in-der-grundsicherung/>

In NRW leiden die Menschen mit geringen Einkommen am stärksten unter der Inflation

Die Preissteigerungen belasten Haushalte mit geringem Einkommen mehr als wohlhabendere, so stellt der jüngste Sozialbericht des Landes Nordrhein-Westfalen fest.

Die Haushalte mit hohem Einkommen und die relativ Reichen waren in den ersten

Das Deutschlandticket soll (voraussichtlich) im Mai kommen

Zum 1. Mai soll das bundesweite Ticket für den Nahverkehr für 49 Euro monatlich kommen. Man soll es monatlich kaufen und nach einem Monat wieder kündigen können, so liest man. Das Ticket soll über eine App auf das Smartphone zu laden sein, ersatzweise kann auch ein elektronisch les-

Fahrrad, für Fahrten, wo ein Nahverkehr nicht hilft, oder für andere Verkehrskosten.

Das kommende Münster-Abo könnte eine Alternative sein:

Die Stadt Münster hat aktuell schon ein 49-Euro-Ticket, es gilt aber nur im Abo für den Nahverkehr im Stadtgebiet Münster. Ab August soll es 29 Euro monatlich kosten. Über die Bedingungen und die möglichen Ermäßigungen etwa für den Münster-Pass konnten die Stadtwerke noch keine Aussage machen. Das Ticket kommt im Abo, das heißt nicht nur für einen Monat, sondern für einen längeren Zeitraum, möglicherweise ein Jahr.

Wer eine Monatskarte regelmäßig für den Stadtverkehr nutzen will, steht mit dem 29-Euro-Ticket gut da, auf jeden Fall besser als mit einem 49-Euro-Ticket. Wer regelmäßig in das oder aus dem Umland pendelt, wird mit dem 49-Euro-Ticket besser und billiger fahren.

Auch wenn man in den Ferien oder zu anderen Zeiten in Deutschland herumreisen möchte, kann es günstig sein, sich für einen Monat das 49-Euro-Ticket zu kaufen. Allerdings sollte man gucken, ob Nahverkehrsverbindungen für eine Reise etwa an den Bodensee oder an die Ostsee noch attraktiv bzw. praktikabel sind.

Die Rückmeldungen zum 49-Euro-Ticket

sind eher verhalten. Ein großer Wurf wäre es gewesen, wenn der Nahverkehr völlig kostenlos angeboten würde, wie es beispielsweise Luxemburg tut, oder auch, wenn das 9-Euro-Ticket aus dem vorigen Jahr fortgesetzt worden wäre. So bemängelt Ulrich Schneider, Bundesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, fehlendes Engagement und zu wenig Mut in der deutschen Verkehrspolitik:

„Das 9-Euro-Ticket war ein mobilitäts-politischer Meilenstein. Erstmals konnten im letzten Sommer ärmere Menschen, die sich reguläre Bahnfahrten nicht leisten können, einfach mal in den Urlaub fahren oder Verwandte besuchen. 52 Millionen verkaufte Tickets sprechen für sich. Das 9-Euro-Ticket war ein großer sozialer Erfolg und dazu noch ökologisch sinnvoll.“

Das geplante Deutschlandticket ist kein würdiger Nachfolger. Der Preis von 49 Euro, den die Ampel und die Bundesländer für das Ticket veranschlagen, ist für viele Menschen nicht finanzierbar. Ob man ein günstigeres Ticket bekommt, wenn man Transferleistungen bezieht, hängt leider vom Wohnort und der jeweiligen Landesregierung ab. Das ist unfair. Ein Ticket-Flickenteppich muss vermieden werden. Wir brauchen ein bundesweites Sozialticket, damit sich auch arme Menschen Nah- und Fernverkehr leisten können.“



Bild: Agneta Becker

bares Ticket ausgegeben werden. Allerdings kann sich auch noch einiges ändern, denn noch ist nichts fest beschlossen. Ein auf Papier ausgedrucktes Ticket ist wohl nicht mehr vorgesehen.

Das 49-Euro-Ticket leistet für ärmere Menschen nicht viel. Im Regelsatz für das Bürgergeld (das Ex-Hartz IV) sind etwa 45 Euro für Transportleistungen enthalten, und zwar nicht nur für den Nahverkehr, auch für ein eventuell nötiges Auto, für das

neun Monaten des Jahres 2022 am wenigsten von den Preissteigerungen belastet. Dies zeigen die einkommensspezifischen Inflationsraten: Mit steigender Einkommensklasse sank die Inflationsrate, so dass die Inflation bei den relativ Reichen im September 2022 mit 8,4 Prozent am geringsten und bei den geringverdienenden Haushalten mit 11,2 Prozent am höchsten war.

Die Ausgaben für Lebensmittel und Energie machen für Geringverdienende einen sehr hohen Konsumanteil aus, gleichzeitig hat es gerade in diesen Bereichen sehr starke Preissteigerungen gegeben. Die Untersuchung mit bis zum



Foto: Agneta Becker

Herbst 2022 erhobenen Daten zeigt sehr deutlich, wie unterschiedlich die aktuelle, wie sich die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Krisensituation auf arme, mittlere und auf reiche Haushalte auswirkt. Sehr lesenswert!

Quelle: http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse-1-2023.pdf

Mythos Fachkräftemangel (Teil I)

Von allen Seiten heißt es: Corona ist vorbei, aber die Arbeitskräfte sind verschwunden. „Fachkräftemangel, Fachkräftemangel!“ jammert es aus allen Ecken. Ja, wo sind sie nur geblieben, die Arbeitskräfte? Wollen sie nicht mehr arbeiten? Die jüngeren würden nur noch auf ihre Work-Life-Balance gucken, so heißt es allenthalben, also danach, ob sich ihre Lebensqualität durch zu viel Arbeit verschlechtert. Die junge Generation beantworte die Fragen „Leben um zu arbeiten“ oder „Arbeiten um zu leben“? einfach anders als frühere Generationen. Das sei der tiefere Grund, weshalb so viele Fachkräfte fehlten.

Gucken wir uns die Situation jedoch mal nicht anhand von Vorurteilen an, sondern anhand von Fakten. Die Zahl der Arbeitskräfte war noch nie so hoch wie heute. Das statistische Landesamt NRW berichtet zu Jahresbeginn über einen neuen Höchststand an sozialversicherten Beschäftigten im Land. Ende Januar jubelt der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen im Haushaltsausschuss über neue Beschäftigungsrekorde: Die Lohnsteuer würde nur so sprudeln.

Passend dazu räumt die Bertelsmann-Stiftung mit einem anderen Mythos auf. Nach einer Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie sei der Anteil der Abiturienten, die in Betriebe gingen und eine Lehre begannen, von 35 Prozent auf 47 Prozent gestiegen. Die jungen Herrschaften wollen wohl nicht der beschriebenen

Sobi
Sozialpädagogisches
Bildungswerk
Münster

**NEUES IM 2. KURS-
HALBJAHR**

– Weiterbildung im Sobi

Foto: © adinar / fotockipfoto.com

BILDUNGSURLAUB

BU »Partizipative Film(-kunst)«
24. – 28.04.23 | 9 – 17 Uhr | 374/307 €

GESUNDHEIT

Infoabend: Fasten oder Basenfasten | Eine Quelle für Leib und Seele

16.03.23 | 19 – 20 Uhr | kostenlos | Anmeldung erforderlich
Fasten oder Basenfasten | Eine Quelle für Leib und Seele
31.03 – 06.04.23 | 142/117 €

Blackroll® | Shape your Body

Start: 17.04.23 | montags | 16 – 17 Uhr | 60/49 €

T'ai Chi Ch'uan

Start: 18.04.23 | dienstags | 18 – 19:30 Uhr | 124/102 €

Pilates

Start: 18.04.23 | dienstags | 18:30 – 19:30 Uhr | 68/56 €

Pilates & Yoga

Start: 18.04.23 | dienstags | 19:45 – 20:45 Uhr | 68/56 €

Bewegte Balance

Start: 19.04.23 | mittwochs | 9:30 – 11 Uhr oder
18 – 19:30 Uhr | 122/100 €

TANZ, MUSIK & AUSDRUCK

Clown | Die Kunst des Scheiterns

31.03. – 02.04.23 | 239/196 €

Sing dich glücklich

14. – 16.04.23 | 188/155 €

PERSÖNLICHKEITSENTWICKLUNG & SPIRITUALITÄT

Kakaozeremonie | »Medizin für das Herz«

27.01.23 | 18 – 21 Uhr | 45 €

Mehr Informationen und alle aktuellen
Termine unter www.sobi-muenster.de

Kurzmeldungen & Tipps

Arbeitsverweigerung nachgehen? Also nix mit Lau-Schepfern und nach Work-Life-Balance gucken?

Das Problem Fachkräftemangel entsteht an einer anderen Stelle: Jugendliche mit Hauptschulabschluss bekommen im Erwerbsleben immer schwerer einen Fuß in die Tür, und solche ohne Schulabschluss bleiben mehrheitlich sogar ganz ohne Ausbildung. An dieser Stelle könnten sich die Betriebe und die Berufsschulen verdient machen und aktiv werden gegen den Fachkräftemangel. Und aufhören, vom Fachkräftemangel zu schwätzen!

Mythos Fachkräftemangel (Teil II)

Nicht nur die Betriebe, auch die Arbeitsämter fördern zu wenig Fortbildungen und Umschulungen.

Eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bringt es an den Tag: Seit Jahren werden immer weniger Arbeitslose in eine von Arbeitsagenturen und Jobcentern geförderte Umschulung oder Fortbildung vermittelt. Diese Maßnahmen haben zwar einen deutlich positiven Effekt auf die anschließende Beschäftigungssituation, am besten sind die teuren Umschulungen mit Abschluss. Gleich-

zeitig ist die Inanspruchnahme rückläufig, und zwar schon vor aktuellen Ereignissen wie Corona-Pandemie oder Ukraine-Krieg. Die Vermittler, Job-Coaches oder wie auch immer sie gerade heißen, scheinen weniger Mühe damit zu haben, eine Weiterbildung abzulehnen, als Arbeitslose positiv zu einer solchen zu ermutigen. Dies ist der „Erfolg“ der langjährigen Hartz-Politik vom „Fördern und Fordern“.

Lesen kann man die interessante IAB-Studie hier: <https://www.iab-forum.de/gefoerderte-berufliche-weiterbildung-von-arbeitslosen-abnehmende-eintritte-trotz-positiver-wirkung/>

Wer sich um eine Umschulung oder Fortbildung bemüht, kann auf diese Studie verweisen. Bei Problemen darf man auch um ein Gespräch mit Vorgesetzten bitten. Diese können meist leichter positiv entscheiden.

Brief und mehr stellt zur Jahresmitte den Betrieb ein

Das private Briefzustellungsunternehmen Brief und mehr in Münster an der Eulerstraße schließt in diesem Jahr seine Tore. Geplant ist das Aus eines der größten Briefdienstleister für Mitte 2023. Rund 60 Arbeitnehmer*innen werden dann ihren Job im Niedriglohnssektor verlieren,

davon geht die Gewerkschaft ver.di aus.

Diese sieht den Grund für die Schließung in dem auf zwölf Euro gestiegenen Mindestlohn. Das Geschäftsmodell von Brief und mehr beruhte bislang auf Stundenlöhnen von unter zehn Euro, um der Deutschen Post ernsthaft Konkurrenz machen zu können. Diese wird möglicherweise einen Teil der Ende Juni entlassenen Briefverteiler*innen als Arbeitgeber in ein neues Beschäftigungsverhältnis übernehmen.

Brief und mehr erklärt den Rückzug aus dem privaten Briefsektor auf der eigenen Homepage mit gestiegenen Material-, Lohn- und Energiekosten. Bereits im September



2022 hatte die Firma laut WDR rund 200 Mitarbeiter*innen im Münsterland und im Kreis Recklinghausen entlassen. Das 2016 gegründete Unternehmen gehört dem Dortmunder Verleger Albert Lensing-Wolff, der in Münster bis 2014 die Münstersche Zeitung herausgebracht hat. In Dortmund verlegt er nach wie vor die Ruhrnachrichten. ■



Das gute Leben schmecken

Unsere köstlichen – vielfach veganen – Brote und Kuchen sind stadtbekannt. Wir backen sie mit kompromisslos biologischen Rohstoffen, Getreide aus dem Münsterland und einer ordentlichen Portion handwerklichem Wissen.



cibaria

BioVollkornBäckerei

Am Mittelhafen 46 + Bremer Straße 56 · Münster

... und auf den Märkten, im Naturkosthandel

und in Biosupermärkten

cibaria.de



Urteile

Auszug der Kinder aus dem Eigenheim kann zu Hartz-IV-Entzug führen

Hartz IV bezieht bei der Bedürftigkeitsprüfung das Eigentum an selbst bewohntem Wohnraum mit ein. Für bis zu zwei Personen gilt ein Eigenheim von 90 Quadratmetern als noch angemessen. Größerer Wohnraum muss verwertet werden, bevor das Jobcenter bezahlt. Ein Ehepaar hatte dagegen geklagt. Das selbst bewohnte Haus war von der Familie erbaut worden, es hatte eine Wohnfläche von 144 Quadratmetern. Darin hatte die Familie mit sechs Kindern gelebt, bis diese als Erwachsene das Haus verlassen hatten. Die Familie vertrat gegenüber dem Jobcenter und dem Sozialgericht die Meinung, sie hätte bei der Anschaffung des Hauses wegen ihrer Kinder keine Wahl gehabt, ein kleineres Haus zu bauen. Ein kinderloses Paar hätte dagegen sofort kleiner bauen können. Damit seien Familien mit Kindern benachteiligt gegenüber kinderlosen Menschen. Das Bundesverfassungsgericht prüfte



Foto: Agneta Becker

diese Frage und kam zu dem Beschluss, dass es darauf nicht ankomme. Es ginge bei Hartz IV um die aktuelle Bedürftigkeit und nicht um Entscheidungen aus der Vergangenheit. Die Betroffenen würden über verwertbares Wohneigentum verfügen und müssten dieses einsetzen, bevor das Jobcenter bezahlt.

Bundesverfassungsgericht vom 28.04.2022 – 1 BVL 12/20 (nach SoSi plus 11/22)

Kindergeld für volljährige Kinder in einer Ausbildung

Kindergeld wird normalerweise bis zum 18. Geburtstag bezahlt. Für ältere Kinder können die Eltern ebenfalls Kindergeld bekommen, wenn die Kinder in der Ausbildung

sind und noch keine Ausbildung abgeschlossen haben. Für Studierende, die nach einem Bachelor-Abschluss weiter studieren mit dem Ziel, einen Master-Abschluss zu machen, können die Eltern ebenso weiter Kindergeld erhalten. Wenn diese Kinder nach dem qualifizierten Abschluss jedoch überwiegend – das heißt mehr als 20 Stunden – erwerbstätig sind, dann darf die Kindergeldkasse die Auszahlung verweigern. Sie studieren aus Sicht der Kindergeldkasse dann nur noch nebenher, weil ihre Erwerbstätigkeit beruflich im Mittelpunkt steht.

Bundesfinanzhof vom 04.07.2022 – II R 22/21 (nach SoSi plus 11/22)

Pfändung von weitergeleitetem Pflegegeld ist unzulässig

Eine überschuldete Frau pflegt ihren behinderten Sohn. Sie erhält dafür das ihm von der Pflegeversicherung gezahlte Pflegegeld. Der Insolvenzverwalter wollte dieses Pflegegeld zusammen mit ihrem Arbeitseinkommen als pfändbares Einkommen werten. Der Bundesgerichtshof hat dieses Ansinnen abgelehnt. Pflegegeld aus der Pflegeversicherung soll pflegebedürftigen Menschen dazu dienen, ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Wenn er es weiterreicht an pflegende Angehörige, dann ist es eine freiwillige

HFR! Rümpelfix

Second Hand

Möbel, Antiquitäten,
Bücher, Haushaltswaren,
Rares und Skuriles

Bei uns
ist immer
Flohmarkt!

Bremer Str. 42 · Münster · Tel 609460
info@ruempelfix.de · Mo–Fr 10–18 · Sa 10–16

Angst vor'm Amt?

Nicht mit uns!

Ämterbegleitung im Malta
Tel. 0251/4140553

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?
Kündigung? Hohe Nebenkosten?

Mieter/innen-Schutzverein
Münster und Umgebung e.V.

Achtermannstr. 10
48143 Münster (Nähe HBF)
mo - do: 9 - 13 und 14 - 18 Uhr
fr: 9 - 12 Uhr

msv@muenster.de
www.mieterschutzverein-muenster.de

(0251) 51 17 59

**Kompetent.
Schnell.
Preiswert.**

Urteile

ge Anerkennung für die Unterstützung und kein Arbeitseinkommen der pflegenden Person. Würde es gepfändet werden, dann könnte die pflegebedürftige Person das Pflegegeld anders nutzen.

Bundesgerichtshof vom 16.01.2023 – Az. IX ZB 12/22 (nach ND, 17.01.2023)

Keine Befreiung vom Rundfunkbeitrag aus Glaubens- und Gewissensgründen

Die Rundfunkbeitragspflicht ist an die reine Empfangsmöglichkeit geknüpft. Ein Anspruch auf Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht wegen eines besonderen Härtefalles kann weder auf ein Leistungsverweigerungsrecht noch darauf gestützt werden, das Programm verstoße gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Dies entschied das Verwaltungsgericht Koblenz und wies eine entsprechende Klage ab.

Das Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit werde durch die allgemeine Pflicht zur Zahlung des Rundfunkbeitrags als solches nicht tangiert. Sofern die Klägerin mit den Programminhalten nicht zufrieden sei, stehe ihr die Möglichkeit einer Programmbeschwerde zur Verfügung. Auch der Umstand, dass die Klägerin aus den von ihr dargelegten Gründen das Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks



Foto: Agneta Becker

nicht in Anspruch nehme, stehe der Beitragserhebung nicht entgegen. Da der Gesetzgeber die Rundfunkbeitragspflicht in zulässiger Weise an die reine Empfangsmöglichkeit geknüpft habe, komme eine Befreiung bei einem bewussten Verzicht auf die Nutzung eines Rundfunkempfangsgeräts nicht in Betracht.

Der Rundfunkbeitrag diene allein der Abgeltung der grundsätzlichen Möglichkeit des Empfangs von öffentlichem Rundfunk und gerade nicht seiner tatsächlichen Nutzung. Verstöße gegen die Programmgrundsätze im Einzelfall stellten die Rundfunkfinanzierung nicht in Frage und berührten deshalb eine Beitragserhebung nicht. Andernfalls würde die verfassungs-

rechtlich garantierte Programmfreiheit der öffentlichen Rundfunkanstalten unterlaufen.

Verwaltungsgericht Koblenz vom 28.11.2022 – Az 3 K 697/22.KO

Behörde hat Zugang einer Meldeaufforderung nachzuweisen

Eine Sanktionierung wie eine Kürzung der Transferleistung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II aufgrund eines Meldeversäumnisses ist an Voraussetzungen geknüpft. Eine ist, dass das Jobcenter den oder die Empfänger*in von Arbeitslosengeld (Alg) II vorher über den Zeitpunkt, den Meldeort und den Meldezweck eingehend informiert hat. Das bedeutet: Ihm oder ihr muss nachweislich eine hinreichend bestimmte Aufforderung zur Meldung zugegangen sein. Für die ordnungsgemäße Bekanntgabe einer Meldeaufforderung trägt das Jobcenter die objektive Beweislast, wenn der oder die Alg-II-Empfänger*in den Zugang dieser Aufforderung in Abrede stellt. Dies gilt selbst dann, wenn die Darstellungen des Klägers oder der Klägerin nicht in jedem Falle der Wahrheit entsprechen.

Wenn ein Jobcenter ein Einladungsschreiben mit einfacher Post verschickt, dann nimmt es dieser SGB-II-Träger, also das Jobcenter, in Kauf, dass der Zugang dieses Briefes bei dem oder der Leistungsempfänger*in nicht über eine Zustellungsurkunde nachgewiesen werden kann.

Mindestlohn: Nachforderung drei Jahre rückwirkend möglich

Oft sind Arbeitsverträge so formuliert, dass Beschäftigte einen nicht vollständig ausgezahlten Lohn nach beispielsweise drei Monaten nicht mehr nachfordern können.

Der gesetzliche Mindestlohn kann jedoch drei Jahre rückwirkend noch eingefordert werden, das steht im seit dem 1. Januar 2015 geltenden Mindestlohngesetz. Ein seitdem abgeschlossener Arbeitsvertrag darf dies nicht ausschließen. Schließt eine Vertragsklausel allgemein ohne Hinweis auf Einschränkungen wegen des Mindestlohngesetzes jede Nachforderung aus, dann ist sie ungültig. Sie ist auch ungültig in anderen Fragen, in denen es um den Verfall einer Forderung eines Beschäftigten geht.

So konnte ein ehemaliger Beschäftigter nachträglich für nicht genommenen Urlaub nachträglich eine Abgeltung erkämpfen, weil im Arbeitsvertragsformular die Ausnahmeregelung für den Mindestlohn fehlte.

Bundesarbeitsgericht vom 18. September 2018 – Az. 9 AZR 162/18 (nach Mitteilung des Gerichts)

Bestreitet ein*e Alg-II-Empfänger*in wiederholt den Erhalt von Schriftstücken des Jobcenters, dann hat der SGB-II-Träger die Pflicht, auf diese Behauptungen in geeigneter Weise, nämlich durch die Wahl einer Versendungsform mit Nachweis, zu reagieren.

Landessozialgericht Sachsen vom 28.05.2020 – L 3 AS 64/18

Dauerhafte Leistungseinstellung ist rechtswidrig

Eine unbefristete vollumfängliche Versagung von Leistungen wegen fehlender Mitwirkung ist rechtswidrig. Im Bescheid ist immer ein Endzeitpunkt für die Versagung anzugeben.

Landessozialgericht Bayern vom 19.5.2022 – L 7AS 460/21

Wann der Anspruch auf Resturlaub erlischt

Beschäftigte müssen den ihnen zustehenden Erholungsurlaub im laufenden Kalenderjahr nehmen, so heißt es im Bundesurlaubsgesetz. Nehmen sie ihn nicht, dann

verfällt er. Allerdings müssen sie ihre Urlaubswünsche bei dem oder der Arbeitgeber*in anmelden und mit ihm oder ihr abstimmen. Klappt es im laufenden Jahr nicht mehr, einen Termin zu finden, der beiden passt, dann darf der noch nicht genommene Resturlaub in die ersten drei Monate des Folgejahres verschoben werden. Ansonsten verfällt er.

Der Urlaubsanspruch verfällt jedoch nicht, wenn die Arbeitgeberin die Beschäftigte vorab nicht klar und rechtzeitig darauf hingewiesen hat, dass der Urlaubsanspruch sonst erlischt. Kann eine Arbeitgeberin nicht nachweisen, dass sie die Beschäftigte ausdrücklich auf den möglichen Verfall des Urlaubsanspruchs hingewiesen hat, dann darf die Beschäftigte mit Recht ihren Urlaub einreichen.

Bundesarbeitsgericht (BAG) vom 20.12.2022 – 9 AZR 266/20

(Anmerkung der Redaktion: Dies gilt auch rückwirkend für vergangene Jahre. Nur



Foto: pixabay.com

wenn das Arbeitsverhältnis inzwischen beendet ist, kann ein nicht genommener Urlaub in Form einer Urlaubsabgeltung ausgezahlt werden.)

Regelbedarfe juristisch abgesegnet

Die für 2021 und 2022 (drei Euro mehr!) festgesetzten Regelleistungen sind nicht evident unzureichend.

Landessozialgericht NRW vom 31.03.2022 – L2 AS 330/22 B ER

-  **individuell**
überzeugende Lösungen in der persönlichen Beratung
-  **komfortabel**
Ihre Druckdaten in der Online-Vorschau erleben
-  **begeistert**
in Qualität, Lieferung und Freundlichkeit

Jetzt online drucken: www.viaprinto.de

CHANCE 25 JAHRE

Möbel und Trödel
2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher
Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.
Möbel-Trödel Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10
Mo.-Fr.: 9.30-19.00 Uhr, Sa.: 9.30-16.00 Uhr

www.chance-muenster.de

IMPRESSUM

FRÜHJAHR 2023

Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
 Berliner Platz 8 - 48143 Münster
 Telefon: 0251 - 511 121
 Internet: www.sperre-online.de
 E-Mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres (pan),
 Norbert Attermeyer (noa),
 Anna Laura Askanazy (ala),
 Thomas Krämer (tk, V.i.S.d.P.),
 Christoph Theligmann (ct),
 Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeiter

Heinz Annas

Gestaltung / Layout

Ulrike Goj

Fotos / Illustrationen

Agneta Becker, pixabay.com

Online

www.sperre-online.de
 Peter Andres

Anzeigen / Spenden

Peter Andres

Bankverbindung:

Bankverbindung:
 Sparkasse Münsterland Ost
 IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
 als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im
 Innenstadtgebiet Münsters

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

01.06.2023

Redaktionsschluss

15.04.2023

Anzeigenschluss

01.05.2023

(Termine unter Vorbehalt)

Mit finanzieller Unterstützung von:



LESERBRIEF

Zum Artikel „Der 9. November - ein deutscher Schicksalstag“ in der „Sperre“ vom Winter 2022:

Eine kleine Korrektur möchte ich anbringen: Johann Georg Elser's Attentat auf Adolf Hitler und seine Spießgesellen am 9. November 1939 fand nicht im Hofbräuhaus, sondern im Bürgerbräukeller statt - dort, wo 16 Jahre zuvor der Hitler-Putsch begonnen hatte.

Matthias Bette, Moltkestraße



Urteile

Im EU-Ausland geerbtes Immobilienvermögen ist geltend zu machen

Auch einem Erben mit Vermögenswerten im EU-Ausland ist nach einer Entscheidung des Sozialgerichts Gießen abzuverlangen und zumutbar, seine Erbensprüche durchzusetzen, um so die Hilfsbedürftigkeit zu vermindern oder zu vermeiden. Aus diesem Grund komme nur eine darlehensweise Gewährung von Hilfsleistungen in Betracht.

Sozialgericht Gießen vom 20.04.2022 – S 29AS 279/20

Anspruch einer EU-Bürgerin auf Alg II und Aufenthalt nach der Prostitution

Die Aufgabe einer selbstständigen Tätigkeit als Prostituierte erfolgt juristisch gesehen stets unfreiwillig, da es sich um eine unzumutbare Tätigkeit nach § 10 Abs. 1 Nr.5 SGB II handelt. Daher liegt keine freiwillige Aufgabe einer Arbeit im Sinne von § 2 Abs.3 FreizügG/EU vor und das Aufenthaltsrecht dauert fort.

Sozialgericht Berlin vom 15.6.2022 – S 134 AS 8396/20

Sozialamt muss Behinderten bei der Wohnungssuche helfen

Das Bundessozialgericht hat im vorliegenden Urteil betont, dass Menschen mit Behinderungen besondere Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Deshalb dürften die Betroffenen in der Situation eines für sie eingeschränkten oder gar weitgehend verschlossenen Wohnungsmarktes vom Sozialamt nicht allein gelassen werden. Das Sozialamt müsse den Betroffenen vielmehr mit einer auf den Einzelfall bezogenen Strategie unterstützen, um eine neue Wohnung zu

finden, heißt es in dem Richterspruch. Unterbleibe eine solche Hilfe oder könne auch das Amt keine günstigere Wohnung finden, müsse davon ausgegangen werden, dass die jetzige Wohnung im konkreten Einzelfall auch angemessen ist und die Kosten dafür in vollem Umfang zu übernehmen sind.

Bundessozialgericht vom 06.10.2022 – Az. B850 7/21 R

Mietminderung und Unterkunftskosten

Bei einer Mietminderung verringern sich die tatsächlichen Kosten der Unterkunft. Dementsprechend werden die Zahlungen des Jobcenters angepasst. Falls es in einem späteren Gerichtsverfahren zu dem Ergebnis kommt, dass kein Mietminderungsrecht bestand, ist die Nachforderung des Vermieters als Teil der Unterkunftskosten in dem Monat, in dem die Nachforderung fällig geworden ist, vom Jobcenter zu übernehmen.

Landessozialgericht Sachsen vom 17.03.2022 – L 3 AS 568/21



Ombudsstelle

Unabhängige Beschwerdestelle für Leistungsberechtigte des Jobcenters Münster



Foto: Stadt Münster/Melke Reimers

In der Ombudsstelle werden Sie kostenlos, neutral und vertraulich beraten.

Die Ombudsleute arbeiten ehrenamtlich und unparteilich.

Die Ombudsleute klären mit Ihnen die Situation und zeigen Ihnen mögliche Handlungsoptionen auf.

Die Ombudsleute beraten Sie, welche rechtlichen Mittel Ihnen offenstehen.

Die Beratung der Ombudsstelle ersetzt nicht den Rechtsweg.

Die Ombudsleute informieren Sie über weitergehende Beratungs- und Unterstützungsangebote in Münster.

Die Ombudsleute suchen mit Ihnen in Konfliktfällen gemeinsam nach einer Lösung.

Die Ombudsstelle setzt sich darüber hinaus für die Überprüfung und Verbesserung rechtlicher Regelungen und Abläufe im Jobcenter/SGB II ein.

Vereinbaren Sie gerne telefonisch einen Termin unter 492 7069.

Kontaktdaten:

Stadthaus 1
Klemensstraße 10
48143 Münster
Zimmer 3.033

Tel. 02 51/4 92-70 69
Ombudsstelle@stadt-muenster.de

Sprechstunde
nach Terminvereinbarung
donnerstags sowie jeden
1. und 2. Freitag im Monat



Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

DAS VOLLE PROGRAMM (über die Woche)

Montag	10:00 – 16:00 Uhr	SERVICEZEIT
Dienstag	10:00 – 14:00 Uhr 14:00 – 16:00 Uhr 16:00 – 18:00 Uhr	SERVICEZEIT Ideenschmiede Computerkurs
Mittwoch	10:00 – 11:30 Uhr 11:30 – 13:30 Uhr 14:00 – 16:00 Uhr 16:00 – 18:00 Uhr	Der Pflanzendoktor Teamsitzung bzw. -schulung Sprachkurs Mehr Lebensqualität
Donnerstag	10:00 – 12:00 Uhr 14:00 – 18:00 Uhr	SERVICEZEIT (für alle) SERVICEZEIT (nur für Frauen)
Freitag	11:00 – 14:00 Uhr	allgemeines Freitagsfrühstück

Praktikumsstelle

Für das MALTA (Treff für Arbeitslose in Münster und Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit)

suchen wir

**Praktikant*innen
der sozialen Arbeit
(gern mit Migrationsgeschichte).**

Ihr könnt euch unter der
Rufnummer **0251 4140553**
bei uns melden oder auch per
E-Mail (malta@maltanetz.de)
bewerben.

Achtermannstr. 10-12 (Hof vom Cuba) • 48143 Münster • Tel. 0251 4140553
malta@maltanetz.de • www.maltanetz.de

Weiterbildungen mit Führerschein

**NEXT STOP
NEW JOB!**



Werden Sie mobil und machen Sie Ihren Führerschein mit einer Weiterbildung. Damit stehen Ihnen viele neue Jobs offen!

Einfacher geht es nicht!

Unsere Weiterbildungen können mit Hilfe des Bildungsgutscheines von der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter gefördert werden.

Dann kostet es Sie rein gar nichts!

Für alle Themen rund um den Verkehr und die Technik bieten wir auch einen speziellen Sprachkurs zusätzlich an.

Dann klappt auch am Ende die Prüfung!

Nutzen Sie die Chance und sprechen Sie mit Ihren zuständigen Sachbearbeiter oder rufen Sie uns einfach an.

Wir helfen Ihnen weiter!



Klasse B

Kurierfahrer*in

6 Monate

Geförderte Weiterbildung (TQ2)
ab 18 Jahren



Klasse C/CE

LKW-Fahrer*in

6 Monate

Geförderte Weiterbildung (TQ1)
ab 21 Jahren



Klasse D/DE

Busfahrer*in

5,5 Monate

Geförderte Weiterbildung (TQ3)
ab 23 Jahren


SBH
Bildungszentrum
Fahrschule
Fahrlehrer-Fachschule

Die Fahrschule der

SBH WEST
Dahlweg 112
48153 Münster

fon: 0251 974 209 19

Weitere Infos
auf der Homepage:

